

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 139.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 30. November 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

## Abonniert auf den „Korr.“!

Er ist für die Kenntnis der gewerblichen, organisatorischen und tariflichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unentbehrlich. Preis vierteljährlich nur 65 Pf., für zwei Monate 44 Pf., für einen Monat 22 Pf. Bestellungen bei allen Postanstalten.

## Die organisatorische und tarifliche Geschichte des Gutenbergbundes.

XXVII.

Als zu Beginn der Tarifverhandlungen 1906 die Leitung des Gutenbergbundes ein Gesuch um Zulassung eines Bundesvertreters an den Tarifausschuß richtete, antwortete dieser dem Bundesvorstande:

Auf Ihr Gesuch vom 22. d. M. erwidern wir Ihnen, daß die Zulassung eines Vertreters zur Versammlung des Tarifausschusses auf Grund des § 48 des Tarifkommentars nicht erfolgen kann, weil sowohl der Tarifausschuß wie das Tarifamt wiederholt einstimmig festgestellt hat, daß der Gutenbergbund sich in seinen Handlungen nicht als tariffrei erwiesen hat. Wenn trotzdem von Ihrerseits ein neues Gesuch um Zulassung eines Vertreters gestellt wird, so sehen wir darin einen neuen Versuch, auf friedlichem Wege den gemeinsamen Bestrebungen der Tarifgemeinschaft beizutreten. — Wenn das der Fall ist, so sind wir bereit, einen Vertreter als Zuhörer zuzulassen.

Unter der Voraussetzung, daß der Gutenbergbund mit seinem Gesuche ausdrücken wolle, in Zukunft von seinem tarifuntreuen Gebaren absehen zu wollen, wurde ein Vertreter des Bundes als Zuhörer zugelassen. Der Bundesleitung lag aber nicht im entferntesten daran, eine solche Voraussetzung zu rechtfertigen. Ihr war es keineswegs um eine veränderte Haltung in der Tariffrage zu tun. Die Art und Weise, wie Herr Janson, der bindlerische Zuhörer, nachträglich sich über die Verhandlungen äußerte, erhärtet das zur Genüge. Es blieb in jedem Betracht beim alten. Der Gutenbergbund und seine Handlungen im Jahre 1907 unterscheiden sich durch nichts von den Tendenzen und der Tätigkeit, die diese Organisation im Jahre 1893 oder 1897 auszeichnen. Das beweisen auch im gegenwärtigen Jahre die Vorgänge im Bunde — trotz seiner tariffreien und gewerkschaftlichen Kapriolen in der christlichen Löwenhaut.

Wäre es dem Gutenbergbunde darum zu tun gewesen, nach Beendigung der Tarifverhandlungen und nach der Schaffung des Organisationsvertrages durch erste Arbeit und eine aufrichtige, nicht bloß auf Täuschung berechnete Frontveränderung sich für die Tarifgemeinschaft aufnahmefähig zu machen, wir würden das aufs lebhafteste begrüßt haben. Wir schreiben schon vor Jahresfrist im „Korr.“:

... erweist er sich (der Gutenbergbund) innerhalb dieser beiden Jahre als tariffrei, warum soll er dann nicht aufgenommen werden? Dann dürften wir auch keinen Bündler in den Verband aufnehmen, der als solcher vielleicht früher unter Tarif gearbeitet hat. Zu dieser Logik muß man sich schon bequemen. . . .

Die Tatsachen des Jahres 1907 haben aber bewiesen, daß der Bundesleitung es um das Gegenteil von Tariffreiheit zu tun ist. Ihr Verbandshag überwiegt jede andre Tätigkeit. Durch den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften sah man den Verband schon zerstückert

am Boden liegen, die „neuen Männer“ Felder und Hossfuß sollten in einem einzigen Siegeszuge Rheinland-Westfalen erobern, zumal Felder schon die Zusage von sechs Zentrumsverlegern in der Tasche hat, daß dem Verband in jenen Provinzen der Garaus gemacht werden soll. Jetzt, so nahe am Ziele, hielt man es nicht mehr für notwendig, eine 15 Jahre lang geübte Arbeitswilligkeit durch eine dem Bunde unmögliche, aber so oft verprohene Tariftreue zu ersetzen, und man warf sich — wie immer — all und jedem in die Arme, von dem man erhoffte, daß durch diese Hilfe die Tarifgemeinschaft oder der Verband geschädigt werden könnte. Nicht zuletzt war es der Arbeitgeberverband im Buchdruckgewerbe, von dem der Gutenbergbund sich eine hoffnungsvolle Zukunft bereitet sah.

Im Organe des Arbeitgeberverbandes, dieses schärfsten und rücksichtslosesten Bekämpfers nicht nur unserer Tarifgemeinschaft, sondern jeder gleichberechtigten Stellung der Arbeiter im Wirtschaftsleben überhaupt, finden wir im ganzen Jahre 1907 den Gutenbergbund häuslich eingerichtet. In seelenvoller Harmonie suchen die Arbeitgeberverbändler M.-B. oder Gutenbergbündler, während bis zum gegenwärtigen Augenblicke die Bündler dort um Erlangung von Konditionen inferieren. Das ist nicht nur um der Tendenz des Arbeitgeberverbandes willen für die Bündler bezeichnend, sondern auch deshalb, weil die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des genannten Verbandes den Tarif nicht anerkannt hat. Das geniert aber die Bundesleitung nicht. Sie billigt es ausdrücklich, daß die Mitglieder des Bundes im Organe des Scharfmacherverbandes inferieren, denn der „Typograph“ erklärt an leitender Stelle in Nr. 27 von 1907:

Wir betrachten den Inzeratenteil der Fach- und anderer Blätter immer noch als neutralen Boden für alle Interessenten; wie kommt nun der „Korr.“ zu der Annahme, das Recht des Inferierens, soweit es nicht gegen Gesetz und gute Sitte verstößt, verbieten zu wollen?

„Spiegelberg, ich kenne dich!“ Kein tariftreuer Gehilfe inferiert in einem Organe, das sich zur Aufgabe gemacht hat, der Ordnung im Gewerbe den Krieg zu erklären, in dem Organe eines Verbandes, dessen Vorstandspersonen zur Hälfte aus tarifuntreuen Prinzipalen bestehen, und deren tariftreue Mitglieder wider den Geist und die klaren Bestimmungen des Tarifes das Organisationsrecht ihrer Gehilfen ausgeschaltet haben. Daß die Bundesleitung die Stellegesuche ihrer Mitglieder in einem der Tarifgemeinschaft feindlichen Organe — konform geht mit diesem unserm Urteile auch die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ — ausdrücklich billigt, diese Tatsache allein schon wäre genügend, den Helfershelfer des Arbeitgeberverbandes aus dem Organisationsvertrage fernzuhalten, der wahrlich nicht dazu geschaffen worden ist, um ein in jahrzehntelanger Entwicklung aufgebautes Werk aus purer Bosheit wieder zerstören zu lassen. Die „tariftreuen“ Bündler aber spekulieren auf ganz etwas andres. Der Bundesleitung ist es darum zu tun, Gnade vor den Augen des Arbeitgeberverbandes zu finden, um mit diesem einen Sonder-tarifvertrag zustande zu bringen. Dann wäre ihr heißes Sehnen erfüllt. Dann würde Deutschland endlich einmal bindlerische Gehilfenvertreter

bewundern und an deren Laten sich ergötzen können, dann könnte man für „feinen“ Tarif, den natürlich der Arbeitgeberverband diktieren würde, „eintreten“, dann wäre man, wenigstens auf dem Papiere, „tariffrei“ — aber wie! Daraus erklärt sich das fortgesetzte verschämte Liebäugeln mit dem Arbeitgeberverbände, und es wird wohl nicht allzu lange währen, dann wird das hinter den Kulissen geschlossene Tschelmechtel auch nach außen sichtbar werden. Da an ein dauerndes Bündnis mit den Christlichen doch nicht zu denken ist, denn diese werden die traurige Gesellschaft bald satt haben, so bleibt doch für die ollen ehrlichen Seemänner noch ein Eisen im Feuer, und das ist der Arbeitgeberverband. Weiter kann der Bund nicht mehr herunterkommen: das ist seine letzte Station! Die Konsequenz seiner Laten drängen den Gutenbergbund mit wachsender Logik unter die Fuchtel des Illismus.

In einer dunklen Ahnung hat ja sogar die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ im Juli 1907 der Bestürzung Ausdruck gegeben, als bestände beim Arbeitgeberverbände die Absicht, „den Gutenbergbund zu sich herüberzuziehen und mit ihm einen Sondertarif abzuschließen“. Wenn die Arbeitgeberverbändler eine solche Absicht haben sollten, so werden sie wohl vom Bunde indirekt dazu ermuntert worden sein. Ist doch bis heute noch nicht aufgeklärt, wie das Organ des Arbeitgeberverbandes früher ein vom Tarifamt an den Bundesvorstand gerichtetes Schreiben abdrucken konnte als der „Typograph“. In dieser Sache schrieb damals sogar ein Prinzipalsorgan, die „Deutsche Buchdruckerzeitung“:

Durch und auf welche Weise ist das tarifamtliche Schreiben zur Kenntnis des Arbeitgeberverbandes bzw. in die Spalten seines Organs gelangt? Kann der Vorstand des Gutenbergbundes diese Frage nicht einwandfrei beantworten und damit den auf ihn ruhenden Verdacht eines Doppelspiels gründlich beseitigen, so wäre von neuem der Beweis erbracht, daß der Gutenbergbund nicht die Eigenschaft besitzt, welche ihn zur Aufnahme in den Organisationsvertrag geeignet erscheinen lassen könnte.

Doch, „deshalb keine Feindschaft nicht“, denkt sich der Gutenbergbund und erfreut sich auch nach wie vor der Freundschaft des Arbeitgeberverbandes. Als Herr Volkmar Hoppe in Thorn, das bekannte Vorstandsmittglied des Arbeitgeberverbandes, im vorigen Jahre infolge eines Tarifkonfliktes sich mit M.-B. helfen mußte, blieben diese nicht lange unter sich, und heute geben sich auch mehrere Gutenbergbündler in dieser Duckerlei ersichtlich Mühe, Herrn Hoppe, den ehemaligen Verbandsfunktionär, in seinem Widerstande gegen den Tarif zu bestärken. Nach einem uns vorliegenden Original eines Stellenangebotes von Hoppe bietet er einem ersten Maschinenmeister bei effektiv zehnstündiger Arbeitszeit 25 Mk. Lohn pro Woche — also noch nicht einmal das volle Altersminimum, da Thorn 5 Proz. Lokalzuschlag hat. Was mag da erst einem gewöhnlichen Gehilfen gezahlt werden, wenn der „erste“ noch nicht einmal das Minimum hat? Die Bündler in dieser Duckerlei sind aber ab 1. Januar 1908 „voll und ganz tariffrei“. Und wie ist es mit der tarifuntreuen Firma F. Steger (Inhaber Christian Jensen & Sohn) in Alfeld, der am 7. August 1907 in einem Offertbriefe schrieb:

„Allerdings stehen bei mir im übrigen nur Nichtverbändler und Gutenbergbändler, denen Sie sich anzupassen haben!“ Trotz aller Aufmunterungen, für den Tarif einzutreten, lehnen die dort stehenden Bündler es ab. Auf diese Weise erbringen sie im Jahre 1907 den „Nachweis“ ihrer „Tariftreue“. In einem Ende August herausgegebenen Waschkettel des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ sind zwei lange Artikel enthalten, welche sich auf den Inhalt des „Typograph“ stützen, aus dem nachzuweisen versucht wird, daß der Verband mit dem neuesten Tarifabschlusse ein Stiefkind des sozialdemokratischen Programms verwirklicht haben soll, wie der „Reichsverband“ glaubhaft an der Hand des „Typograph“ nachzuweisen sucht. Dann wird unter der Spitzmarke: „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“, ebenfalls der „Typograph“ als Gideshelfer herangezogen und dem Bundeschrankenlosen Lob gespendet. Bei allen Arbeiterfeinden steht der Bund in hohem Ansehen: das ist die Organisation, die von sich rühmt, der wahre Vertreter der Arbeiterinteressen im Buchdruckgewerbe zu sein! „Arbeitgeberzeitung“, Reichsverband, Arbeitgeberverband, tarif-untreue Prinzipale — alles setzt das Vertrauen in den Gutenbergbund, er möge die Organisation und die Gleichberechtigung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe zentrumieren, er möge die Zurückschraubung der Lebenshaltung der Buchdruckergehilfen mit herbeiführen helfen, und dazu bietet auch der christliche Gutenbergbund auf der ganzen Linie die Hand. Aber: „Zurück, du rettetest den Freund nicht mehr!“ kann man in bezug auf den Gutenbergbund sagen. Trotz seiner Gönner, trotz des Sturmlaufes des Bundes der Industriellen zugunsten des Gutenbergbundes, trotz Hosprediger Stöcker, der für die „3000 Braven“ im September 1906 den 60 000-Mk.-Bettel inszenierte, trotz Lilla, Strecker und wie sie alle heißen die Freunde des Bundes aus dem reaktionären Lager, trotz des christlichen Gesamtverbandes — dies alles sichert dem Bunde nur ein kurzzeitiges Aufatmen, dem die Agonie folgt und folgen muß.

Während aber die Bundesleitung den geschworenen Gegnern der Arbeiterbewegung in die Hände arbeitet, vergewaltigt und terrorisiert sie die eignen Mitglieder bis aufs Blut. Die Beschlußfassung der Bundesgeneralversammlung in Halle war doch nur ein wohlvorbereiteter Coup einer Clique, und weil sich bei einer in Berlin vorgenommenen Abstimmung der dritte Teil gegen den Anschluß an den Gesamtverband erklärte, mußte ein Exempel statuiert werden. Vier Kollegen, die das Recht für sich in Anspruch nahmen, diesen Anschluß als ungesund zu bekämpfen, wurden einfach herausgegriffen und am 20. Juli unter Verabreichung ihrer langjährigen Rechte aus dem Bunde ausgeschlossen. Daß diese Kollateralschäden lediglich der Bundesleitung mit ihrer Hintertreppenspolitik unbehagen geworden waren, beweist, daß etwa 50 Bündler den vier terrorisierten Kollegen solidarisch zur Seite standen und ebenfalls dem Bunde den Rücken kehrten, darunter der frühere „Typograph“-Redakteur Alexander Dahl. Unter den Ausgetretenen befanden sich ferner zwei Vorstandsmitglieder. Die Ausgeschlossenen wandten sich damals in einem Flugblatte an ihre Kollegen und entrollten dabei ein anschauliches Bild über die Zustände im Gutenbergbunde und über die ihnen widerfahrne Behandlung. In diesem Flugblatte wurden alle die Behauptungen bestätigt, alle die Kritik bekräftigt, welche wir seit Jahren am Bunde und seiner Leitung geübt. Es heißt in diesem Flugblatte u. a.:

Es ist wirklich ein starkes Stück, ehrlich für die Interessen der Mitglieder tätige Kollegen in dieser unerhörten Weise zu beschimpfen und zu verleumden! Wenn dieselben mit noch Hunderten gleichgesinnter Kollegen sich annagelt haben, in den Versammlungen auf das ganz unnatürliche Bündnis des Bundes mit den Christlichen hinzuweisen, von diesem Schritte abgeraten und jetzt noch dafür kämpfen, daß dieser von einer gewissen Clique erst vorbereitete Coup wieder rückgängig gemacht wird, so ist das ihr gutes Recht. Es ist ihnen aber nie eingefallen, den Urhebern des christlichen Bündnisses vorzuwerfen, „daß sie für sich möglichst große Vorteile dabei erreichen wollten“.

Ohne uns zu hören, d. h. mit uns Rücksprache zu nehmen über die uns zur Last gelegten „Vergehen“, bricht man über uns den Stab und schlägt uns aus. Ist eine größere Vergewaltigung, als wie sie hier der Vorstand ausgeübt hat, schon jemals in der Arbeiterbewegung dagewesen? Wenn das der Verband einem seiner Mitglieder gegenüber getan hätte, welches Geschrei hätte man im „Typograph“ angezettelt, wie wäre man über den Verband hergefallen und hätte versucht, ihn in den Augen unserer Mitglieder zu verunglimpfen!

Die weitere Folge wird aber nun die sein: Wer bisher immer noch gehofft, daß der Bund endlich sich einmal aufraffen und seine großrährerischen Worte, „für die Besserung der Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder einzutreten“, wahr machen wird, der gehört in ein Narrenhaus.

Wenn der Bund dieses in ehrlicher Absicht bezweckt, so durfte sein Anschluß nicht an die christliche Gewerkschaft erfolgen, die an Leib und Seele unfähig ist, für die Förderung unserer wirtschaftlichen Interessen einzutreten, sondern er mußte Anschluß an den Verband suchen, der, wie er erst wieder neuerdings bewiesen, es nicht allein verstanden hat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen mit Energie und Erfolg — ohne Kampf — zu fördern, sondern es auch noch erreicht hat, der Organisation den Einfluß zu verschaffen, durch den sie zu der allein maßgebenden in unserem Gewerbe erhoben wurde.

Und wir und unser Bund? Was haben wir bei der letzten Tarifberatung für unsere Mitglieder getan? Wie haben wir versucht, Einfluß bei den Tarifberatungen zu gewinnen?

Man hat uns gnädigst gestattet, einen Vertreter des Bundes als Zuhörer bei den Verhandlungen zu entsenden! Hätte der Bund noch einen Funken von Schamgefühl gehabt, so hätte er diese Zuzumutung mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Aber nein — man nimmt mit einer tiefen Verbengung und großem Danke noch diese Statistenrolle an und macht sich bei der Gesamtgehilfenschaft tödlich lächerlich. So sieht es im Bunde mit der Vertretung unserer Interessen aus!

Aber ist es nicht immer schon so gewesen? War bei der Tarifberatung im Jahre 1901 es nicht ebenso blamabel für den Bund, als von Seiten der Prinzipalität erklärt wurde, wenn der Bund in der Tarifgemeinschaft mitraten will, dann möge er erst den Beweis erbringen, daß er bestrebt ist, für den Tarif einzutreten?

Sechs Jahre sind seit dieser moralischen Hinrichtung verfloßen, und was hat der Bund während dieser Zeit getan? Hat er auch nur den leisesten Versuch gemacht, für den Tarif und seine Einführung zu wirken?

Nein! Und warum nicht? Weil er seine Existenz dabei untergraben hätte!

Mit der Agitation für den Tarif hätte er viele seiner Mitglieder verloren, die ihm nur der Kasse wegen angehören, denen aber gewerkschaftliches Denken weder auerzogen noch zugemutet wird. Der Bund ist also ohnmächtig, für den Tarif einzutreten, und deshalb der Unterklumpf bei den „Christlichen“.

Was haben wir Mitglieder dem rigorosen Vorgehen des Vorstandes für eine Antwort zu erteilen? Da er unfähig ist, die Förderung unserer berechtigten Lebensansprüche zu propagieren, er ferner dafür gewiekt hat, uns in der Deffektivität durch den Anschluß an die „Christlichen“ zu blamieren und dadurch Zwietracht in die Kollateralschäden getragen hat, der Anschluß der vier Mitglieder ein Gewaltakt schlimmster Art ist, appellieren alle freiblebenden, ehrlich für die Interessen des Tarifes eintretenden Kollegen an das Solidaritätsgefühl aller übrigen Bündler und erwarten von ihnen, daß sie sich mit den Ausgeschlossenen eins fühlen und dem Vorstande die allein richtige Antwort erteilen: Austritt aus dem Bunde!

Nach und nach waren etwa 80 Berliner Bündler zum Verbands übergetreten, und wenn es nicht mehr wurden, so deshalb, weil viele Bündler ihre Rassenrechte wahren wollen, die ihnen aber der Bund — namentlich in der Invalidenkasse — doch nicht garantieren kann. Außerdem wurde den schwankenden Bündlern unerblickt angedroht, bei einem eventuellen Austritte würde es auch mit der Kondition zu Ende sein. In der Druckerei Preuß in Berlin würden schon längst mehrere Bündler zum Verbands übergetreten sein, aber sie befürchten, daß sie alsdann sofort durch den bündlerischen Faktor Römer entlassen werden. Die Geschäftsinhaber selbst stehen auf humanerem Boden.

Bekanntlich wissen die Bündler seit Jahr und Tag nicht genug über den Terrorismus des Verbandes zu zeteren, der angeblich den braven Bündlern das Recht auf Arbeit beschneidet. Von ihrem Terrorismus zu sprechen, vermeiden aber die Bündler recht ängstlich, so daß wir dem

schwachen Gedächtnisse der Bündler etwas nachhelfen müssen. Nach § 4 des Organisationsvertrages nicht in Wirksamkeit getreten, aber auch ohne einen solchen lassen die Bündler kein Verbandsmitglied zur Arbeit zu, wo der Gutenbergbund sich stark genug fühlt. In der Druckerei des „Typograph“ werden laut Vertrag zwischen dem Besitzer G. Gajedow und dem Hauptvorstande des Gutenbergbundes nur Bündler beschäftigt; Verbandsmitglieder werden sofort entlassen. Das ist nacktester Terrorismus, allerdings bündlerisch-christlicher. Ausgelernten Gehilfen wird bedeutet, daß hier nur Gutenbergbändler beschäftigt werden, für Verbandsmitglieder sei kein Platz, worauf die Ausgelernten, welche dem Verbands beitreten, gehen oder gegangen werden.

In der Druckerei des „Sonntagsblattes“ in Berlin, also einem christlichen Geschäft, wurde im Frühjahr 1907 ein Kollege, der sich als Verbandsmitglied entpuppte, auf Betreiben der Bündler entlassen. Diese wurden außerdem bei der Geschäftsleitung dahin vorstellig, daß Verbandsmitglieder nicht mehr eingestellt werden sollen. Einem in Grottkau beschäftigten Verbandsmitgliede wurde ganz unzweideutig erklärt, daß nur bei Uebertritt in den Gutenbergbund die Kondition eine dauernde wäre. Diese Terrorismusfälle empfehlen wir dem „Typograph“ und der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zur Behandlung. Damit kommen sie eher auf ihre Rechnung als mit den Heilmeyereien und Profobilstreben über den „Terrorismus des Verbandes“. Nach einem förmlichen System des Terrorismus arbeitet der Bundesführer Eiser in Bremen. Er teilte selbst gesprächsweise mit, auf welche Weise er Bundesmitglieder in Druckereien unterbringe, deren Besitzer bis dahin nur Verbandsmitglieder beschäftigten. Eiser gehe demnach zu diesem oder jenem Prinzipale und teile ihm mit, daß er (E.) Druckarbeiten von Vereinen zu vergeben habe. (Eiser scheint also Vorstandsmitglied von diversen „nationalen“ Vereinen zu sein, denn der Gutenbergbund läßt in Bremen keine Druckereien herstellen, und sein Ortsverein Bremen hat auch keine solchen anzufertigen.) Eiser wolle dem betreffenden Prinzipale gern die Druckarbeiten zukommen lassen, wenn dieser Mitglieder des Bundes beschäftige. Denn der Prinzipal könne es ihm (E.) nicht verdenken, wenn die Druckarbeiten nationaler Vereine nicht in Druckereien hergestellt würden, die Gehilfen beschäftigen, welche dem „sozialdemokratischen“ Verbands angehören. Der Gutenbergbund stehe aber auf christlich-nationalem Boden und sei den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Würde der Prinzipal versprechen, künftighin nur Bündler einzustellen, so solle er die Arbeit bekommen. Eiser rühmte sich, auf diese Weise mehrfach Mitglieder des Bundes in Druckereien untergebracht zu haben, die bis dahin nur Verbandsmitglieder beschäftigt hatten. Wenn nun nach dieser Methode mit Hilfe der Druckarbeiten des Verbandes dieser solchen Prinzipalen, die nur Bündler beschäftigten, nahelegen würde, an deren Stelle Verbandsmitglieder zu engagieren? Dann könnten wir einfach den ganzen Gutenbergbund ausrotten, und würden dabei nach streng christlichen und nationalen Grundfäden handeln, die Herr Eiser mit Genugtuung und jedenfalls mit Zustimmung der Bundesleitung im Kreise der Bundesdelegierten in Halle a. S. zum besten gab. Welche Einschätzung der Bremer Prinzipalität durch den Eiser darin liegt, wenn er sie als so charakterlos schildert, daß um eines Druckauftrages willen sie geneigt sei, vielleicht alte Gehilfen zu entlassen, die bisher zur Zufriedenheit gearbeitet, und dafür den Bündlern einen warmen Platz am Ofen zu reservieren, das ist um so erbärmlicher, als gerade die Bundesleitung seit Jahr und Tag die Prinzipalität anwinzelt, dem Gutenbergbunde in Gnaden gewogen zu sein.

Nach dieser hinterlistigen, verächtlichen, eckigen Methode sucht der Gutenbergbund seinen „Platz an der Sonne“ zu erkämpfen. Für uns nichts Neues, nur um der Außenwelt willen sollen



solche Praktiken gekennzeichnet werden. Auf dem Tarifgebiete handelt aber der Bund nicht anders und nicht besser. Indem er der Öffentlichkeit seine Tariftreue vorzeuget, handelt er im geheimen so, wie oben der Bund handeln muß. Bekanntlich soll bei der Arbeitsvermittlung von Prinzipalen und Gehilfen der bestehende paritätische Arbeitsnachweis benutzt werden. Daran denken aber die „tariftreuen“ Bündler am Sitze der Bundesleitung nicht im entferntesten. Die Sache läßt sich auch so „machen“. Werden z. B. in den Berliner Druckereien des „Sonntagsblattes“, bei Bertinetti, Benz & Co., Funke, Thring & Fahrholz, Preuß, Gafedow, Vaterländische Verlagsanstalt, Trovitzsch & Sohn, Reinhold Kühn und „Gutenberg“ (Niederwallstraße) Arbeitskräfte benötigt, so wird entweder per Telefon oder durch mündliche Bestellung der Faktoren, Metteure oder Vertrauensleute des Bundes das Bureau des Berliner Buchdruckervereins (Gutenbergbund) benachrichtigt, und dieses schickt dann die verlangten Arbeitskräfte. Dieselben bekommen aber dann die Weisung, vorsichtigerweise nur anzufragen und sich auf den Gewährsmann (Besteller der mündlichen Mitteilung) zu berufen. Trotz der offiziellen Ablehnung floriert also der Arbeitsnachweis des Bundes immer noch recht flott. Von den in diesem Jahre in Berlin dem Verbands begetretenen Bündlern wurde ferner erklärt, daß sie in der Provinz aus Kondition geholt und in Berlin durch den Bund untergebracht worden sind. Und angesichts all dieser Tatsachen droht der Gutenbergbund mit den christlichen Gewerkschaften, wenn er als Tarifkontrahent nicht anerkannt wird!

Wenn übrigens die Bündler über den angeblichen Terrorismus des Organisationsvertrages nicht mehr zur Ruhe kommen können, so mögen sie sich doch einmal aus ihren nahestehenden Kreisen, dem Organe des Arbeitgeberverbandes, über ihren beabsichtigten Terrorismus etwas erzählen lassen. An die Adresse des Gutenbergbundes richtet sich folgende Notiz des „Deutschen Papiermarkt“:

Wird der Gutenbergbund nun aber in den Vertrag aufgenommen, so begeht er dasselbe Unrecht, das er gegen sich nicht verübt haben wollte, gegen all die Gehilfen, die nicht in den Vertrag aufgenommen werden. Ebenso handelt er durchaus unchristlich gegen diejenigen Arbeitgeber, die ihm nach Belieben werden des Koalitionsvertrages treulich zur Seite standen und denen er überhaupt verbannt, wenn er in den Vertrag aufgenommen wird. Zum Danke für die Hilfe, die ihm geleistet, zum Danke für ihre nationale Gesinnung, zum Danke dafür, daß sie mit Entschiedenheit für die Wahrung des freien Koalitionsrechtes einzutreten, verpflichtet er sich nun, bei ihnen nicht mehr in Arbeit zu treten.

Ganz offen wird hier der Gutenbergbund an seine Dankesabstattung gemahnt, nachdem die Scharfmacher im Gewerbe sich für den Gutenbergbund so lebhaft engagiert haben. Und das ganz „selbstlos“. Auch Herr Stegerwald wird gesagt:

Herr Stegerwald müßte unbedingt den Organisationsvertrag verwerfen. Er tut es aber nicht, sondern ist gleich den christlich-nationalen Arbeitern mit ihm einverstanden, wenn der Gutenbergbund in den Vertrag aufgenommen wird. Wir erkliden darin auch, wie früher schon einmal ausgeführt, einen schreienden Widerspruch mit dem moralischen Grundprinzip des Christentums.

In einer späteren Nummer kommt das Organ des Arbeitgeberverbandes nochmals auf diese Angelegenheit zurück, weil die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ den Arbeitgeberverband der Tariftreue geziehen hatte, allerdings mit Recht. Darob war man im Arbeitgeberverbande — der „seinen Mitgliedern, was die Anerkennung des Tarifgesetzes anbetrifft, volle Freiheit läßt!“ — ganz aus dem Häuschen und replizierte, indem man das Christentum der „Westdeutschen“ im „Papiermarkt“ wie folgt in Zweifel zog:

Wir sehen uns übrigens genötigt, das „Christentum“, das die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ vertritt noch in anderer Weise zu beleuchten. Eine der ersten Forderungen des Christentums ist anerkennend: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“ Der von der „Arbeiterzeitung“ und von uns bekämpfte Organisationsvertrag wirt die christlich-nationale Gewerkschaft, den Gutenbergbund, dazu die anderen Organisationen und sämt-

liche nichtorganisierten Gehilfen aus dem Vertragsverhältnisse bzw. aus dem trauen Arbeiter zutretenden Ansprüche auf Arbeit und Verdienst heraus. Das ist ein Unrecht! sagt die „Arbeiterzeitung“. Wir (d. h. der Gutenbergbund, in dessen Namen sie redet) sind doch auch noch da und wollen auch berücksichtigt sein! Wir können nicht in den sozialdemokratischen (einseitigen) Verband eintreten — das ist gegen unsre Ueberzeugung! Nun wohl, soweit ist alles gut. Wie aber stellt sich die „Arbeiterzeitung“ nun weiter? Wenn wir nur in den Organisationsvertrag aufgenommen sind, wenn die Sache nur so gewandt wird, daß wir keinen Schaden davon haben, dann — sind wir zufrieden, dann ist alles gut! Noch mehr! Dann sind wir dabei, dann helfen wir mit, dasselbe Unrecht, das erst gegen uns verübt wurde und über das wir uns bitter beklagten, gegen andere auszuüben! Ist das Christentum? Kann man vom christlichen Standpunkte aus so handeln? ... Auf ein Christentum, das nur an sich denkt und nur für sich sorgt, das sogar helfen will, gegen andere ein Unrecht zu verüben, das man um jeden Preis von sich abgewandt wissen will, geben wir nichts. Im Gegenteil! Christen, die so handeln, decken sich mit dem Christentume als mit einem falschen Ushängegeschilde.

Zweifellos ist es vom Standpunkte des Gutenbergbundes und der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ aus ganz logisch, was der „Papiermarkt“ schreibt, aber freilich, „wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“, deshalb ist dem Verbands verboten, was der Gutenbergbund sich gestattet will.

## Der Organisationsvertrag.

Je mehr der Zeitpunkt heranrückt, an dem der Gutenbergbund heweisen soll, daß er sich gebessert hat resp. daß er wirklich auf dem Boden des Tarifgesetzes steht, desto leidenschaftlicher wird die Frage ventiliert, ob der Bund überhaupt aufnahmefähig ist. Auch der Zweck dieses Artikels ist die Untersuchung dieser Frage. Vorausgesetzt sei, daß es selbstverständlich gegen die guten Sitten verstößt würde, wenn eine Organisation, die die gestellten Bedingungen redlich erfüllt, von den Segnungen der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen und demnach in absehbarer Zeit deren Mitgliedern der Arbeitsmarkt beschränkt würde; denn das wird ungewisselhaft geschehen bei der fortwährenden Zunahme des Deutschen Buchdruckervereins.

Ich nehme ohne weiteres an, daß sich niemand finden wird, der das bisherige Verhalten des Gutenbergbundes betreffs seiner tariflichen Tätigkeit in Schutz zu nehmen gewillt ist. Auch von den bescheidenen Vertretern der Prinzipalität ist dies klar ausgesprochen worden, und die heutigen Agitatoren des Gutenbergbundes geben selbst zu, daß derselbe bisher nichts leisten konnte. Auch das Organ des Bundes liefert den Beweis dafür, daß die Mitglieder nicht auf dem Boden des Tarifgesetzes stehen, schwarz auf weiß dadurch, daß es ihnen tröstend versichert, sie sollten auf dem Felde des Tarifgesetzes vollständig freie Hand behalten, und wir sehen, wie die Bündler in strikter Befolgung dieses Rates überall die tarifliche Arbeit des Verbandes durchkreuzten. Und das war ganz natürlich, denn der Bund setzte sich zum größten Teile aus solchen Elementen zusammen, die der Verband wegen grober Verstöße gegen Organisation und Tarif von sich stoßen mußte. Da bei den früheren schlechten Organisationsverhältnissen der Prinzipale viele derselben im Gutenbergbunde ihren vermeintlichen Retter sahen und ihre ganze Druckeri damit ausstatteten (zumal der Bund „ganze Personale“ zur Verfügung stellte), so mußte notgedungen der Nachwuchs aus diesen ebenfalls dem Bunde zufallen und geriet im guten Glauben und ganz ungeschuldigerweise unter dies gewerbeschädliche Element. Das ist des Bundes wahrheitsgetreues Bild in der Vergangenheit. Was ist er nun heute? Sehen wir weiter.

Seit Jahren bemüht sich diese Organisation, nach irgend einer Seite „Anlehnung“ zu finden und ertote überall ein Mäherlumpfen; auch von den Leitern der christlichen Gewerkschaften, deren einer sogar wegen wahrheitsgemäßer Kennzeichnung des Bundes vor Gericht erscheinen mußte. Aber der drohende Untergang ließ die Leitung des Bundes kampflos Anstrengungen machen, um den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften zu erreichen. Das waren die wahren Gründe des Anschlusses auf Seiten des Bundes. Es ließe sich auch nicht ein Zeichen dafür erbringen, daß bisher im Bunde sich „christliche“ Strömungen gezeigt hätten. Für die Wahrheit war es nur eine rein taktische Frage der Selbsterhaltung, und die starke Mißbehel wurde völlig gegen ihren Willen fortan „christlich“ benannt.

Was mag nun auf „christlicher“ Seite darin gewirkt haben, daß die enbliche Angliederung des Bisher zurückgewiesen und verachteten Bundes doch noch perfekt werden konnte? Für denjenigen, der dieses unnatürliche Bruderpaar eingehend studiert hat, kann die Antwort nicht schwer sein: Die Beweggründe waren politische, und der Entpreneur dieser Entente cordiale ist das Zentrum. Mancher wird das nicht glauben wollen, denn das Gros der Mitglieder des Bundes stellt Berlin und ist evangelisch, aber die Hoffnung auf ein Aufblühen des Bundes wird ja auch nicht für Berlin erhofft, sondern Rheinland-Westfalen soll den Boden her-

geben für den künftigen stolzen Baum; der Berliner Ortsverein mag ruhig zugrunde gehen, wenn nur der M. Gladbacher Weizen blüht. Ich wiederhole, was ich schon einmal an dieser Stelle sagte: Das böse Beispiel eines Gewerbes mit nur einer einzigen Gewerkschaft muß für das Zentrum aus der Welt geschafft werden, koste es, was es wolle. Es war schon immer gefährlich genug, die Geschlossenheit der Unternehmer ohne Rücksicht auf Religion und Politik vorgehalten zu bekommen. Das würde auf die Dauer doch zur Nachahmung gereizt haben, und deshalb war es angezeigt, auch dem Buchdruckerwerke eine Organisation zu beschreiben, die die religiösen Interessen mit dem gewerblichen Arbeitsvertrage verquid, aber damit auch den Boden verläßt der politischen und religiösen Neutralität!

Die M. Gladbacher Rechnung ist gar nicht so übel: Wird der Bund anerkannt, so werden die Zentrumsverleger schon bearbeitet werden, ihr Personal hier und da wissen zu lassen, daß der Gutenbergbund gleichberechtigt ist, und für „Terrorismusfälle“ wird der Verband oder jemand anders schon sorgen. Weileibe keinen Zwang, das verbietet der Organisationsvertrag, nur an der liebevollen Fürsorge für die Bündler soll man erkennen, daß die Kinder aus der zweiten Ehe die geliebteren sind. Für den Fall der Zurückweisung des Bundes hat Herr Felder schon die schriftliche Zusicherung von sechs Zentrumsverlegern in der Tasche, die Verbandsmitglieder auf die Straße und die zentrumpolitischen Bündler an ihre Stelle zu setzen. Sollte das nicht nur eine der vielen Fabelhaften Behauptungen sein, so wäre die Anerkennung des Bundes nicht mehr Sache der einwandfreien Prüfung durch den Tarifausschuß, sondern eine pure Machtfrage zwischen diesem und den zentrumpolitischen Gewerkschaften, denn offensichtlich die Führer derselben schon aus, daß sie im Ablehnungsfalle mit ihren 300000 Mitgliedern gegen die beiderseitigen Tarifkontrahenten in den Zentrumsdruckereien vorgehen werden. Das ist kein Zutrauen mehr zu dem unparteiischen Entscheide des Tarifamtes, sondern eine Vergewaltigung desselben. Hoffentlich werden die verantwortlichen Instanzen diese offene Drohung der zentrumpolitischen Gewerkschaften gebührend zurückweisen und sich in ihrer Beurteilung der tatsächlichen Sachlage von solchen Märgen nicht einschließen lassen, denn die wirklichen Machtverhältnisse beider Tarifkontrahenten sind in Wirklichkeit derart, daß sie niemand zu fürchten brauchen.

Gibt sich nun der Bund Mühe, den an ihn gestellten Forderungen gerecht zu werden? Die augenblicklich vom „Korr.“ aufgerollte Vergangenheit des Bundes schreit ja zum Himmel, und denen, die den Ton des „Korr.“ nicht salomisch finden, sei zum Bewußtsein gebracht, daß der Schuldige nicht der Chronist, sondern der Uebelthäter ist.

„Der schonen Stall fehr, meiner Seele,  
Der taun nicht riechen nach Hosenoll!“

Der Bund will den Beweis seiner Tariftreue damit erbringen, daß er so und soviel Streikunterstützung zahlte. Er verschweigt aber, daß er diese Gelder nur an Mitglieder zahlte, die freieren wollten oder im Gemeinschaft mit Verbandsmitgliedern ihre Konditionen verlieren. Die Mitglieder, die eigentlich streifen müßten und es trotzdem nicht tun, schweigt er tot. Auch auf Reputation gibt der Bund nichts, was doch unerlässlich ist, wenn man in eine ehrenwerte Gemeinschaft einzutreten gewillt ist. Daß vorbestrafte Persönlichkeiten Ehrenämter des Gutenbergbundes einnehmen, läßt sich nicht mit dem „christlichen“ Mantel des Vergessens bedecken, wenn man gleichgültig so frivol ist, auf Defraudanten im Verbands hinzuwiesen, die aber im selben Augenblicke ihre Kaufschon im Verbands beenden haben.

Nehmen wir nun wirklich den Fall an, wir würden einmal christlich handeln (ohne Gänsebeinchen) und sagen: „Nicht siebenmal vergib, neun, siebenzig mal sieben“, und diese 490mal würden genügen, das Schuldbuch des Bundes zu vernichten und hinter dem eisernen Vorhang der Vergessenheit verschwinden zu lassen, so bliebe als Hindernis immer noch bestehen die religiöse und politische Abhängigkeit des Bundes, denn die wirkliche Neutralität verlangt, daß niemand sich darum zu kümmern hat, ob ich christlich, monarchisch, atheistisch oder republikanisch denke; das alleinige Erfordernis ist die Erfüllung der aus dem Organisationsvertrage erwachsenden, zu garantierenden Verpflichtungen.

Mit einer Lüge suchen die Leiter des Bundes und ihre Stabsbesitzer sich die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft zu erschleichen: mit der Lüge von dem sozialdemokratischen Charakter des Verbandes, mit dem sie ihre Existenzmöglichkeit zu beweisen versuchen. Sie vergessen dabei ganz, daß sie schon lange existierten, ehe sie mit dem christlichen Mantel ihre Blöße deckten, und daß sie mit ihrem ganzen Äußerlichen, und wäre er zehnmal größer, die Geschichte des Verbandes nicht auslöschen können, die beweist, daß der Verband immer und zu allen Zeiten, unbekümmert um das Liebeswerben auf der einen und das Gefläß auf der andern Seite, geradeaus gesteuert ist, und jede Richtung, mag sie heißen, wie sie will, sich auch dieser Notwendigkeit untergeordnet hat. Hat der einzelne sich einmal vergessen, so ist er auch sofort von der Leitung des Verbandes rektifiziert worden.

Nach allen diesen Erwägungen muß die Gesamtgesellschaft es ablehnen, mit diesem Toßbein der Tarifgemeinschaft an einem Tische zu sitzen, den er nicht hat decken können.

Machen.

G.

# Buchdrucker — Sozialdemokrat?

Am 16. November fand in Wanne i. W. eine öffentliche Versammlung statt, in der zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen Stellung genommen werden sollte. Es standen sich zwei Parteien gegenüber, die eine wollte die vier auscheidenden Gemeindevorsteher, wovon drei auf einer benachbarten Zeche beschäftigt sind, wiedergewählt wissen, die andere stellte neue Kandidaten auf. So entbrannte denn ein heiser Kampf um die Herrschaft.

Im Verlaufe der Diskussion ergriff auch der christliche Gewerkschaftssekretär Herr Schick-Wanne das Wort, um die Stellung der christlich-nationalen Arbeiterpartei zu erläutern. Herr Schick führte aus, daß die christlich-nationalen Arbeiter die von der nationalliberalen Zechenpartei propagierten Kandidaten nicht wählen könnten, da die Zechenbesitzer ihre Organisation nicht anerkannt hätten.

Ich, Unterzeichneter, hatte mich auch in die Versammlung begeben (obwohl ich nicht in Wanne ansässig bin), es lag mir auch jedes Eingreifen in die Diskussion fern, wenn nicht Veranlassung dazu gegeben würde.

Diese Veranlassung gab mir nun Herr Schick mit oben wiedergegebener Äußerung. Ich erwiderte Herrn Schick etwa folgendes: „Wenn Herr Gewerkschaftssekretär Schick sagt, die nationalliberale Partei sei die Zechenpartei, so will er doch damit sagen, daß die nationalliberale Partei von den Zechenbesitzern beherrscht werde. Dem ist nicht so. Die Zechenbesitzer, die sich zur nationalliberalen Partei zählen, haben nicht mehr Rechte als jedes andere Mitglied. Vor allen Dingen ist ausgeschlossen, daß die Zechenbesitzer der Partei das Gepräge geben. Die Partei handelt nach dem Empfinden und Bedürfnissen des Volkes. Eine Bevorzugung von Sonderinteressen findet nicht statt. Wenn Herr Schick aber glauben sollte, es sei nicht so, wie ich sage, so widerspricht er sich selbst, indem er sagt, die Zechenbesitzer erkennen unsere Organisation nicht an. Von mir weiß jeder im öffentlichen Leben im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen stehende Mann, daß ich dem Deutschen Buchdruckerverband als Mitglied angehöre, somit seit Jahren Gewerkschaftler bin. Hätten nun die Zechenbesitzer in der nationalliberalen Partei die Oberhand, so hätten sie mich sicher nicht zum Parteisekretär gewählt, wenn sie mich nach der ihnen von Herrn Schick untergeschobenen dominierenden Stellung in der Partei zu wählen gehabt hätten. Andererseits aber, wenn man annehmen wollte, die Zechenbesitzer hätten Einfluß auf die Entschlüsse der Partei und ich wäre trotzdem zum Parteisekretär gewählt worden, wäre daraus nur zu erkennen, daß die Zechenbesitzer den Arbeiterorganisationen nicht feindsichtig gegenüberstehen.“

Herr christlicher Gewerkschaftssekretär Schick nahm darauf nochmals das Wort und gab etwa folgendes von sich: „Er müßte nun sagen, daß er mich, nachdem ich mich zum Deutschen Buchdruckerverband zähle, als Sozialdemokrat ansprechen müsse, da der Deutsche Buchdruckerverband ein sozialdemokratischer Verband sei und alle Buchdrucker, die darin organisiert sind, seien Sozialdemokraten. Uebrigens sei der Deutsche Buchdruckerverband der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angegeschlossen. (Armer Herr Schick, Ihre strahlende Weisheit hat mich ganz gerührt, nachdem Sie mich mit einemmal zum Sozialdemokraten machen, geht mir mein Hauptfeld verloren, nämlich die Sozialdemokratie zu bekämpfen, denn ich kann doch nunmehr unmöglich mich selbst bekämpfen! Ich finde es ganz in der Ordnung, daß man Ihnen einen Ihren allesumfassenden Verband (der allerdings nicht über die Grenzpfähle von Wanne hinausreicht) entsprechenden Lehrstuhl einräumt; sämtliche deutschen Buchdrucker, die mit Bewunderung zu Ihnen aufschauen, werden Ihre Vorlesungen besuchen!)

Als Herr Schick diese Verleumdung der sämtlichen deutschen Verbandsbuchdrucker mit Stentorstimme in den Saal hineingerufen hatte und ich das Wort zu einer geharnischten Zurückweisung nahm, ging Herr Schick mit seinen Anhängern laufen, die Versammlung war zu Ende —

Herr Schick wirft den Vergewaltigern vor, sie erkennen die Arbeiterorganisationen nicht an. Nun kennt doch Herr Schick so gut wie jeder Mann in Deutschland die Vorgänge der letzten Monate im Ruhrkohlenrevier. Haben da nicht die Zechenbesitzer wochenlang mit den beiden großen Bergarbeiterorganisationen (Gewerksverein und alter Verband) ohne Widerstreben verhandelt in Sachen des Knappschaftsstatutes? Ist das keine Anerkennung der Organisationen? Für Herrn Schick scheint es allerdings ein unbegreiflicher Begriff zu sein.

Vor Jahren hatte auch Herr Schick noch eine bessere Meinung vom Deutschen Buchdruckerverband, da war ihm der Verband das Ideal aller Verbände. (Nicht wahr, Herr Schick, die verteilte Geschichte mit dem Gutenbergbunde ist infam, einen Konfus zu machen?)

Herr Schick ist auch sehr vergesslich, sonst würde er sich erinnern, wie er zu „Heinrich vom Rhein“ gestanden hat. Von „Heinrich vom Rhein“ wußte doch Herr Schick, daß er ein echter Zentrumsmann und ein tüchtiger Agitator für den Verband war. Herr Schick hat auch, wenn ich nicht fehlgehe, mit „Heinrich vom Rhein“ ganz friedlich zusammen im Krankenkassenvorstand gesessen. Aber niemals habe ich gehört, daß Herr Schick unsern lieben „Heinrich vom Rhein“, der doch auch neben seinen gewerkschaftlichen Pflichten als Verbandsmitglied seiner politischen Überzeugung lebte, sogar 1903 Zentrumsmahreden hielt, als Sozialdemokraten bezeichnet hätte. Ja, ja, das war damals, man dachte eben noch nicht an den Gutenbergbund. Aber heute muß man einen Gegensatz konstruieren:

Man macht den Gutenbergbund christlich und den Verband sozialdemokratisch!!!

Ich vermute sehr stark, daß Herr Schick seine Weisheit in den letzten Wochen aus der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ bezogen hat. (Vergl. Artikel im „Korr.“ von Wilh. v. d. Ebbe.)

Zum Schluß wird mir Herr Schick gestatten, ein freimütiges Geständnis abzulegen. Sozialdemokrat bin ich nicht, dafür aber von nationalem Geiste durchdrungen und von der guten liberalen Weltanschauung erfüllt und das ergibt zusammen nach menschlicher Berechnung: „nationalliberal“. Damit Sie aber auch meinen gesellschaftlichen Standpunkt kennen lernen, sage ich Ihnen, daß ich als Nationalliberaler treu zum Verbands Deutschen Buchdrucker stehe ran, mein nationales und liberales Bekenntnis läßt es jederzeit zu.

Wattensteid i. W. Edmund Daubhäuser, Parteisekretär.

## Korrespondenzen.

**Nachen.** Am 20. November fand hier eine von der Ortsgruppe Köln des Rheinisch-westfälischen Korrektorenvereins einberufene Agitationsversammlung statt, zu welcher auch die Vorstandsmitglieder des Bezirksvereins Nachen erschienen waren. Die Ausführungen des Kollegen Heinrich-Köln über die Vereinigung aller Korrektoren in deren Sparte innerhalb des Verbandes hatten eine längere Aussprache im Gefolge, als deren Ergebnis die Bildung einer neuen Bezirksgruppe Nachen des Rheinisch-westfälischen Korrektorenvereins zu verzeichnen ist. Zudem erklärte der Bezirksvorsitzende Wilmis, der sich bereits bei den Vorbereitungen zur heutigen Versammlung eifrig betätigt hatte, die Bezirksleitung werde auch in Zukunft dem neuen Kreis der Korrektorenparte in Bezirke Nachen die angelegentlichste Unterstützung zuteil werden lassen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Karl Wolff-Nachen, Alexanderstraße 26, gewählt, an den sich neuzuzutretende Kollegen wenden wollen. Nachmittags wurde ein gemeinsamer Spaziergang in die waldbreiche Umgegend Nachens unternommen.

**Aixfeld (Weine).** Am 23. November hielt der hiesige Ortsverein seine erste Generalversammlung ab. Kollege E. Schmidt erstattete den Jahresbericht, hieron ist bemerkenswert, daß hier der Ortsverein des Gutenbergbundes seinen letzten Zügen entgegensteht. Vor etwa Jahresfrist hatten wir am Orte drei Verbandsmitglieder und sechzehn Gutenbergbündler, jetzt zwölf Verbandsmitglieder und zwei Gutenbergbündler. Da uns noch am hiesigen Orte zehn Wilde und zwei Bündler gegenüber stehen, so wurde beschlossen, noch einmal eine öffentliche Buchdruckerversammlung abzuhalten, um die uns noch Gerechtfertigten übermal für ihre Sache zu überzeugen.

**Augsburg.** Unter zahlreicher Beteiligung hielt am 16. November der hiesige Ortsverein eine Versammlung ab, zu der Kollege Gaurvorsteher Seiz eingeladen war, um ein Referat über: „Der Organisationsvertrag und der Arbeitgeberverband“, zu halten. Der Redner verstand mit seinen Ausführungen lebhaft zu fesseln und führte die Entstehung und Entwicklung des Organisationsvertrages vor Augen, seine Vor- und Nachteile eingehend erörternd. Den breitesten Raum seiner Ausführungen nahm der Arbeitgeberverband und dessen Stellungnahme zum Organisationsvertrage ein. Er schilderte eingehend die Entstehung dieses Verbandes und dessen ordinäre Bekämpfungsweise des Vertrages und führte verschiedene Beispiele aus den Broschüren, die der Arbeitgeberverband an die Behörden und die Öffentlichkeit verbreitete, an, mit welchen Mitteln versucht werde, gegen den Vertrag Stimmung zu machen. Es würde zu weit führen, auf den einheißigstündigen Vortrag näher einzugehen. Am Schluß seiner Ausführungen benannte Redner noch, daß wir erste Zeiten vor uns haben und daß uns die volle Einführung des Organisationsvertrages am 1. Januar 1909 noch schwere Kämpfe kosten werde. Deshalb sollte mehr Korpsgeist und Einigkeit in unseren Reihen herrschen, als es bisher der Fall war. Die Kollegen sollten ihrer Pflichten eingedenk werden und mehr wie je die Verammlungen besuchen, damit sie stets auf dem laufenden seien und später, wenn es heiße, für den Organisationsvertrag einzutreten, wir nur tüchtige Gehilfen hätten und uns das mit schweren Mitteln Erträufte nicht von einer Handvoll Bringsipale nehmen lassen brauchen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine sachlichen und fesselnden Ausführungen, und sei dem Kollegen Seiz noch an dieser Stelle der wohlverdiente Dank ausgesprochen. Es möge hier noch der Wunsch ausgesprochen werden, daß derartige Vorträge sich öfter wiederholen, zur geistigen und kollegialen Weiterbildung der Mitglieder.

**Th. Bremen.** In der Bezirksversammlung vom 20. November begrüßte der Vorsitzende die Kollegen in unserm jetzigen neuen Heime, dem Gewerkschaftshause, und erfuhr um zahlreiche Besuch der Versammlungen, da uns jetzt größere Räume zur Verfügung stehen. Vergüt werden mußte die von vielen jungen Kollegen erfolgte Ablehnung tarifmäßiger Kondition nach auswärts, was hauptsächlich auf die Lage Handhabung des Arbeitsnachweises des früheren Verwalters (Nichtbuchdrucker) zurückzuführen ist. Da jetzt ein Kollege den Arbeitsnachweis verwaltet, kommen diese Ablehnungen mehr zur Kenntnis des Vorstandes. Der Verwalter wird sich streng nach den Vorschriften richten und die betreffenden Kollegen aus der Liste streichen. Ein Aufnahmeforsch eines Gutenbergbündlers gelangte zustimmend zur Erledigung, während das eines andern Bündlers, das in voriger Versammlung zurückgestellt und

vom Gaurvorstande abgelehnt war, abgelehnt wurde. Der Bezirkskassierer und Reiseskassenverwalter erhielten für die Abrechnung vom dritten Quartale Dechargeerteilung. Ein bei dieser Gelegenheit gestellter Antrag, die Quartalsabrechnung in den „Mitteilungen“ zu veröffentlichen, fand Annahme. Ein weiterer Antrag betreffend Beitragsherabsetzung soll in der im Dezember stattfindenden Hauptversammlung beraten werden. Die Weihnachtsfeier findet dieses Jahr bei völlig freiem Entree der Mitglieder statt; das vom Vorsitzenden in großen Zügen bekannt gegebene Programm gelangte zur Annahme mit der Maßgabe, daß der Vorstand der Kasse größtmögliche Schonung angedeihen läßt. Ueber die Verlegung der Herberge nach dem Gewerkschaftshause beschloß die Versammlung Ablehnung, weil über unsern bisherigen Verkehr Klagen noch nicht geführt wurden. Dem Vorstande überwiesen wurde ein Antrag dahingehend, den durchreisenden Kollegen für eine Nacht aus der Bezirkskaffe Freiquartier zu gewähren. Da der Saal für unsere Versammlungen am Sonntag morgen um 12 Uhr geräumt sein muß, wird der Vorstand ersucht, in Zukunft die Versammlungen ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen pünktlich zu eröffnen, welchem Entschieden auch nachgekommen werden soll.

**st. Dresden.** Die Christlichen „Fischen“ oder — wie die Hirsch-Dunderschen sich ausdrückten — Krebsen weiter in Dresden, aber ohne Erfolg. Eine am 15. November nach der „Reichshallen“ einberufene Versammlung, in welcher der christliche Generalsekretär Franz Behrens-Effen über den „Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ referierte, war von knapp 200 Personen besucht, wovon zwei Drittel Frauen waren. Ausgehend vom Frankfurter Kongresse suchte er die Notwendigkeit der christlichen Bewegung zu beweisen, besprach eingehend den diesjährigen Kongreß und stellte u. a. die Behauptung auf, daß die Christlichen nicht mit Gewerkschaften paktieren, die Arbeiterinteressen verhindern. In der Diskussion auf diese Bemerkung resp. die Aufnahme des Gutenbergbundes in den christlichen Gesamtverband aufmerksam gemacht, konnte man merken, daß ihm dieser Widerspruch unangenehm war weshalb er nur kurz betonte, „daß er heute schon weiß, daß der Gutenbergbund aufgenommen wird in den Tarifvertrag und auch die Bedingungen erfüllen wird, die er zu erfüllen hat“. Woher er das heute schon weiß, erzählte er — leider — nicht. Im übrigen brachte die Versammlung starke Auseinandersetzungen zwischen Christlichen und Hirsch-Dunderschen, welche letztere denn auch während des Schlußwortes demonstrativ den Saal verließen.

**Köln.** Die Mitgliederversammlung des hiesigen Korrektorenvereins wurde am 24. November abgehalten. Vor Eingang in die Tagesordnung sprach Kollege Weinholz in einem einstündigen Vortrage über die Rebetelle der deutschen Sprache und die Neuerungen des Duden, welchem auch die Teilnehmer des hier vom Korrektorenvereine eingerichteten französischen Sprachkursus beiwohnten. Mit der Stellungnahme der Zentralkommission in der Angelegenheit Bauers-Hamburg erklärten sich die Mitglieder einverstanden. Der Antrag des Vorstandes, am 29. Dezember für die Mitglieder und deren Angehörigen eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, wurde einstimmig zugestimmt.

**Leer i. Ostf.** Die Kündigung reichten am letzten Sonnabend die beiden Kollegen der Buchdruckerei Wilkens hier ein, da der Herr Chef den Tarif nicht anerkennen will.

**Lübeck.** Den Wunsch unserer Mitglieder, auch einmal aus beruhenen Wunde etwas über die augenblicklich brennenden Fragen im Buchdruckgewerbe zu hören, konnte der Vorstand endlich erfüllen. Am 16. November sprach Kollege Krahl über: „Die allgemeine Lage im Buchdruckgewerbe und der Organisationsvertrag.“ Thema und die Person des Vortragenden hatten es zuwege gebracht, daß nicht nur die Lübecker gut angetreten waren (von 170 ortsanwesenden Mitgliedern zählten wir 145 Anwesende), auch aus Nageburg und Schönberg waren mehrere Kollegen trotz schlechter Bahnverbindung erschienen. Kollege Krahl ging in seinem Vortrage aus von der in allen Ländern ausgebrochenen Finanzkrise. Dieser würde die wirtschaftliche Krise wohl in Wäld nachfolgen, und wie bei jeder Depression auf dem Weltmarkt werden die Arbeiter sie am stärksten zu fühlen bekommen. Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen sind noch stets die Begleitererscheinungen solcher Krisen gewesen und werden auch diesmal nicht ausbleiben. Da sei es gut, wenn man, wie wir Buchdrucker, vorgebaut hätte. Unse Tarifgemeinschaft sichere uns nicht nur das einmal Erreichte, sondern es würden auch in den nächsten drei Jahren in mehr als 80 Druckorten durch die Erhöhung der Sozialzuschläge noch kleine Lohnverbesserungen erfolgen. Die Arbeitslosigkeit würde allerdings auch bei uns große Summen verschlingen, in dessen könne in diesen kritischen Zeitaltern der Organisationsvertrag ein Mittel sein zur Milderung derselben. Redner unternahm dann einen „Streifzug“ durch den Organisationsvertrag, dessen Grundzug sei: „Was dem Gewerbe dient — fördern, was ihm schadet — bekämpfen! In Deutschland existieren jetzt schon einige derartige Verträge, z. B. bei den Chemikern, Kupferbrudern, Metallschlägen. In Wuppertal hätten die beiderseitigen Vereinigungen im Buchdruckgewerbe kürzlich einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen. Auf nationaler Grundlage für ein größeres Gewerbe einen derartigen Vertrag durchzuführen, werde in Deutschland erstmalig die Aufgabe der Organisationen in unserm Gewerbe sein. Wie alles Neue habe auch dieser Vertrag und seine Schöpfer Kritik über sich ergehen lassen müssen. Sie seien meistens aber etwas sehr gemacht aus. Unsere Schatzmacher im Arbeitgeberverbände werfen dem Prinz-



paßvereine vor, er habe sich unter die Fuchtel des „sozialdemokratischen“ Verbandes begeben. Umgekehrt werde uns Gehilfen vorgehalten, wir hätten den Klassenkampfstandpunkt verlassen usw. Unsere Wirksamkeit auf den Gebieten, welche der Organisationsvertrag einschließt, werde aber auch in anderen Kreisen Nachfolge finden; man habe ja in Berlin schon den Anfang dazu gemacht. Die einzelnen Paragraphen des Organisationsvertrages durchgehend, entwickelte der Referent ein anschauliches Bild von der Bedeutung derselben für die Gehilfenorganisation. Beim § 4 befand der Gutenbergsbund und namentlich die Leitung desselben sein gehörig Teil ab. Seitens des Gutenbergsbundes werde immer noch die Behauptung, der Verband sei nicht neutral, als „faule Grete“ gegen den Organisationsvertrag gebraucht. Dem sei aber die Tatsache entgegenzusetzen, daß unter unseren 52000 Mitgliedern alle Konfessionen und alle Parteien, sogar Unchristen, vertreten seien. Der Gutenbergsbund entspreche mit der alleinigen Ausnahme seiner Mitgliederzahl nicht den Anforderungen des Organisationsvertrages, sein großes Sündenregister auf tariflichem Gebiete könne doch nicht wie mit einem Schwamme weggespült werden. Deshalb sei der allgemeine Widerstand gegen die Aufnahme des Gutenbergsbundes ebenso begründet als berechtigt. Wir werden und wir dürfen uns aber nicht von jenem Wege ablenken lassen, den uns unsere Vorvordern vorgezeichnet haben und der den Verband stark und kräftig gemacht hat. Eine Diskussion über den Vortrag, der großen Beifall fand, konnte nicht stattfinden, weil Kollege Kralj kurze Zeit darauf unseren Ort wieder verlassen mußte. Nachdem die Versammlung dem Redner für seine Ausführungen gedankt hatte, ermunterte der Vorsitzende, Kollege Jandke, zu weiterer Arbeit für die Organisation und den Tarif und schloß mit einem von der Versammlung brausend aufgenommenen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker.

**ff. Mainz.** Er war hier! Er hat seine Aufmerksamkeit gemacht. Nämlich der Commis voyageur der Firma Gutenberg & Co., Herr Felder aus Köln. Am 16. November in später Nachmittagsstunde gingen einzelnen unserer Mitglieder schmuckige, vergilbte Witenkarten eines hiesigen Gutenbergsbindlers zu, die auf der Rückseite etwa folgende Einladung trugen: „Herr ... Nächsten Sonntag, 17./11., vorm. 10 Uhr, haben wir Versammlung in der Union, große Langgasse, und wird Herr Felder aus Köln, Beamter des Gutenbergsbundes, referieren. Habe Sie hiermit ein, auch können Sie Kollegen, welche sich auf gemäßigtem Standpunkte befinden, mitbringen. Gruß J. A.“ — Nun, einige unserer Mitglieder konnten es sich nicht vertragen, die Versammlung zu besuchen, wurden jedoch auf eine harte Geduldsprobe gestellt, denn statt dem angegebenen Versammlungsbeginne um 10 Uhr wurde es beinahe 12 Uhr. Und dann kam der große Mannentritt: Herr Felder aus Köln sprach. Er sprach zu einer Versammlung, die jedenfalls in „Typograph“ als imponant bezeichnet werden wird, denn sie war folgendermaßen zusammengesetzt: 1. dem christlichen Arbeitersekretär und früheren Metallarbeiter Herrn Knoll aus Mainz; 2. sechs Gutenbergsbindlern von ebendort und 3. vierzehn Verbandsmitgliedern. Der siebente und wohl auch am religiösesten veranlagte Gutenbergsbindler am Platze hatte es vorgezogen, dieser Versammlung, in der der große Wahrheitsapostel Felder redete, fernzubleiben. Und was sprach Herr Felder? Vom Terrorismus der Verbändler der Bindler gegenüber. Vom Verbands, der die Neutralität verlor und nun ganz sozialdemokratisch ist. Ja, wohl, meine lieben Brüder. Seit zwei Jahren rückt der Verband immer mehr nach links. Ausprüche von Döblin und der „Korr.“-Redaktion, „beweisen“ es. Dann ist ja auch der Verband der Generalkommission der freien „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften angegeschlossen. Also ist der Verband sozialdemokratisch, und man kann in demselben nicht ungestraft seinen konfessionellen Bedürfnissen (wenn man welche hat) Rechnung tragen. Darum wurde bereits im Jahre 1893 der jetzt „christliche“ Gutenbergsbund als Arbeitswilligentruppe gegründet! So redete Herr Felder und erzählte Märchen, die wohl schon hundertmal widerlegt wurden; es ist deshalb auch überflüssig, näher darauf einzugehen. Zum Schluß, nachdem Herr Felder jedenfalls eingesehen, daß hier nichts zu fangen war, forderte er die Gutenbergsbindler wohl sechsmal auf, treu und fest zur Fahne zu stehen, dann würde auch die „christliche“ Organisation der Buchdrucker in Mainz wachsen, blühen und gedeihen. O weh, Bezirksverein Mainz! Daß in der Diskussion Herrn Felder von seiten einiger unserer Mitglieder gebient wurde und er widerholt den Vorwurf hören mußte, mit bewußten Lügen zu operieren, störte diesen „christlichen“ Heerführer wenig. Und dann noch das Resultat: Noch nicht 'ne einzige Seele gerettet für den Gutenbergsbund. Stumm zählte er die Häupter seiner Lieben und stieß: „Nur sechs — keine sieben.“

**Pas. Mannheim-Ludwigshafen.** (Maschinen-sekerklub.) Die Versammlung am 17. November war nur mäßig besucht. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten hielt ein Kollege, anschließend an die in der vorletzten Versammlung gemachten Ausführungen über die Reklametamant der Monolinefabrik, einen Vortrag über die Vintopie. Es folgten interessante Ausführungen über den Petroleumbrenner, ferner über den neuerdings in den Händen gebrachten sogenannten Gasregulator — der als absolut unbrauchbar bezeichnet wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten von Kollegen kritisiert, die bei Firmen um Kondition nachsuchten, obwohl sie wüßten, daß keine Stelle frei wäre. Es führe dies für die in den betreffenden Druckereien Beschäftigten zu Unzuträglichkeiten bz. Lohnforderungen.

Angeregt wurde, bei den Bezirks- hzm. Gauvorständen auf scharfe Maßnahmen gegen solche Kollegen zu dringen. Dann wurde noch der hervorragenden Bedeutung des von der Zentralkommission herausgegebenen „Mahnwortes“ für Agitationszwecke gedacht. Ein wohlgeleitener Familienabend, unter freundlicher Mitwirkung der „Typographia“ sowie des Bezirksvereins hielt am gleichen Sonntage die Kollegen bis zum frühen Morgen beisammen.

**w. Sangerhausen.** Die am 19. November abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschloß sich unter dem Punkte „Tarifliches“ wiederum mit der aus dem Tarifverzeichnis gestrichenen Firma Louis Krendt, der es gelungen ist, die vordem durch Mitglieder bezetzten Plätze durch Nichtmitglieder auszufüllen. Die Bezahlung derselben ist bei neunehalfstündiger Arbeitszeit (auch am Sonnabend) eine untarifliche, bis 3 Mk. unter Minimum. Ueberstunden werden von der Firma mit 42 Pf. vergütet. Dieser kurze Situationsbericht hiermit den auswärtigen Kollegen zur Kenntnis. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 18 (sämtlich bei der Firma H. Schneider konditionierend).

**Bezirksverein Oberer Schwarzwald.** Die diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 27. Oktober in Erfrossingen statt. Erschienen waren von den verschiedenen Rudorten des Bezirkes 43 Kollegen, ebenso von Gauverwalter Knie-Stuttgart anwesend. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Baumann behandelte Kollege Knie in einstündiger Referate das Thema: „Die tarifliche Situation, der Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Gegner.“ In fesselndem Vortrage gab der Referent ein Bild über die jetzigen tariflichen Zustände an der Hand von Statistiken und ging dann des näheren auf den Organisationsvertrag ein. Die Ausführungen schlossen mit der Zeichnung eines Bildes unsrer Stellung dem Gutenbergsbunde gegenüber. Die darauffolgende Berichterstattung aus den einzelnen Rudorten seitens der Vertrauensleute ergab ein im allgemeinen zufriedenstellendes Bild über die tariflichen Zustände. Als Tagungsort der nächsten Versammlung wurde Kottweil gewählt und soll eventuell mit dieser Versammlung das Bezirksjohannisfest verbunden werden. Kollege Brandt regte noch an, die Bezirksversammlungen durch technische Vorträge zu bereichern und dadurch interessanter zu gestalten; dieses Ansuchen wurde von verschiedenen Seiten unterstützt. Noch ein kurzes, feuchtföhliches Beisammensein nach erster Arbeit und die Kollegen kehrten befriedigt in die zum Teile weit entlegene Heimat zurück.

### Zu Namen des Königs!

In der Privatklage des Redakteurs und Zeitungsverlegers Johannes Ziebold in Allenstein, Provinz Ostpreußen, gegen den Redakteur A. Rezhäuser in Leipzig, Angeklagten, wegen Beleidigung durch die Presse, hat das königliche Schöffengericht in Allenstein in der Sitzung vom 21. Oktober 1907, an welcher teilgenommen haben: Amtsrichter Köpfe als Vorsitzender, Besitzer Fischer und Mühlensbesitzer Krause als Schöffen, Aktuar Böhmmer als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt:

Der Angeklagte, Redakteur A. Rezhäuser in Leipzig, wird wegen Beleidigung durch die Presse zu einer Geldstrafe von 20 Mark, im Falle der Nichtbeitreibung zu vier Tagen Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Beleidigten, Redakteur Johannes Ziebold in Allenstein, wird die Besugnis zugesprochen, den anhängenden Teil des Urteils innerhalb vier Wochen nach eingetretener Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten einmal in dem in Leipzig erscheinenden „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ öffentlich bekannt zu machen.

Königlich Preussisches Amtsgericht Allenstein.

## Rundschau.

Zum Prozesse Ziebold kontra Rezhäuser an dieser Stelle noch einige Ausführungen. Die „Rundschau“ der Nr. 48 enthielt eine Notiz: „Eine klatschende Ohrfeige.“ Diefelbe behandelte einen Streik der Brauereiarbeiter der „Waldbühnen“-Brauerei in Allenstein, deren Direktor einem Sekretär der katholischen Arbeitervereine in der Presse den Vorwurf machte, seine Leute zum Ausstande aufgehetzt zu haben. Darauf erwiderte der angegriffene Sekretär in dem Zieboldschen Blatte, welches Eingelant mit einem großen Lobe der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker endete, diese dem in Illes Fahrwasser schwimmenden Brauereidirektor zum Vorbilde empfehlend. Unknüpfend daran bemerkten wir, Herrn Ziebold (mit dem wir vor Jahren schon einmal eine Differenz in Lehrlingsangelegenheiten hatten, die für ihn nicht gerade günstig ausliefe) sollten doch jene Worte zum Nachdenken anregen: „Wir hätten nur den sehr begrifflichen Wunsch, Herr Ziebold möchte sich von dem in seinem Blatte dem Tarife und dem Verbands gependeten hohen Lobe recht empfindlich berührt fühlen und — entsprechend handeln.“ Dadurch fühlte sich Herr Ziebold beleidigt, denn er wollte den Tarif anerkannt haben, und verlagte deshalb unsern Kollegen Rezhäuser mittels des ambulanten Gerichtsstandes, der für Privatklagen in Preßangelegenheiten immer noch zulässig ist, in Allenstein. Wir haben der Entwicklung der Sache ruhig entgegen, denn Ziebold befand sich zurzeit der Veröffentlichung jener Notiz tatsächlich nicht im Tarifverzeichnis. Aus der Urteils-

begründung erfahren wir nun, daß die Zieboldsche Tarifanerkennung schon am 1. Januar 1907 erfolgt gewesen wäre, es soll aber an dem Tarifamte gelegen haben, daß Ziebold nicht antragsgemäß aufgenommen wurde; dieses habe nämlich dem Ersuchen um Ueberfendung der Aufnahmeformulare nicht entsprochen. Nun weiß ja jeder, der in Tarifangelegenheiten praktische Erfahrung besitzt, daß es gar keines besondern Formulare zur Tarifanerkennung bedarf. Die vorchriftsmäßig unterzeichnete Erklärung, daß der Buchdrucker für die in Frage stehende Druckerei als verbindlich angesehen wird, genügt. Wenn aber wirklich das Tarifamt dem Ersuchen des Herrn Ziebold nicht entsprach, so wird es wohl seine guten Gründe dazu gehabt haben. Tatsache ist, daß Ziebolds Tarifanerkennung sich erst im siebenten Nachtrage — datierend vom 9. November — zum Tarifverzeichnis befindet, also 19 Tage nach dem Prozesse! Das Gericht hat denn auch in der Verurteilung Ziebolds auf den Tarif keine Verbeidigung erblickt, aber es fand in der ganzen Notiz und besonders in der gemachten Stichmarke einen höhnischen Ton angeschlagen, der die Absicht einer Verbeidigung erkennen lassen sollte. Und deshalb also die Geldstrafe zu 20 Mk. Wir haben nun die Notiz noch einmal gelehrt und geventet, wissen aber, nachdem das Gericht in Sachen der Tarifanerkennung Ziebolds nichts Strafbares gefunden, erst recht nicht, warum eine Verurteilung stattfand, da mit dem besten Willen nichts Höhnisches in der Notiz zu entdecken ist. Wenn wir trotz Uratens unsers Rechtsbeistandes nicht die höhere Instanz anrufen, so nur der Schereieren um einer solchen Lappalie wegen nicht. Unsere Kollegen erleben aber an den beiden letzten Prozessen: Schaumann-Worzhelm und Ziebold-Allenstein, daß die Gerichte eine sehr feine Waagschale für den „Korr.“ verwenden. Denn im Falle Schaumann wurden von allen angeklagten Blättern nur wir verurteilt, und daß die Klage Ziebolds nicht hätte günstiger für uns enden können, wird nach Lage der Sache wohl niemand bestreiten.

Die auf Stellengesuche in der Fachpresse eingehenden Offerten lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, wie schwer es heute den Firmen wird, Gehilfen zu bekommen, die sich außerhalb des Tarifes stellen. Eine Tarifdruckerei wird im Zeitalter der paritätischen Arbeitsnachweise nur bei Bedarf nach besonderen Arbeitskräften in der Fachpresse inserieren oder auf Konditions-geld Offerten einfinden. Die Tarifignoranten jedoch sind entweder auf den teuren Inseratenweg oder auf den nicht minder kostspieligen der Offertenverdingung an die annoncierenden Gehilfen angewiesen. Und was findet sich da alles zusammen? Wir haben in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten ein ganzes Sammel-lager von Offerten erhalten. Zunächst ist da die Firma H. Ziebold in Elbing zu nennen, bekannt durch ihre Schlußangebote in der Fachpresse, jetzt aber noch unrühmlicher bekannt geworden durch einen Tarifkonflikt, der die Kündigung seitens der bei ihr beschäftigten Verbandsmitglieder zur Folge hatte. Ziebold verspricht in seinen Offerten tarifliche Bezahlung und Arbeitszeit, in seinen Anzeigen sogar Bezahlung „über Tarif“, was an sich logischer Unsin ist, bei Ziebold aber in Wirklichkeit Bezahlung bis zu 5 Mk. unter Minimum bedeutet. (Bei der Gelegenheit wollen wir auch die Erwartung aussprechen, daß die Fachpresse, nachdem nun der Konflikt bei Ziebold bekannt gegeben ist, keine Anzeigen mit Gehilfengesuchen mehr von ihm aufnimmt!) Karl Stiefenhofer in Gagenau bietet Zeitungs- und Inseratensehern das unterste Minimum und zahlt keinen Lokalschlag. R. Siebeck in Vorbeck verlangt alle möglichen Angaben, dabei die Frage, ob Verbandsmitglied, nicht vergebend, was ja genug sagt. Die Firma F. Hoffmann in Satzwebel glaubt noch immer, Nichtverbändler zu einem Anfangslohn von 19 Mk. zu bekommen. Da Hoffmann schon wochenlang seine Seckerstellen wie Sauerbier ausbietet, scheinen erfreulicherweise die Gehilfen, die mindestens 4 Mk. unter Minimum arbeiten wollen, in Deutschlands Gauen sehr rar geworden zu sein. E. Conrad in St. Wold preist die Herrlichkeiten einer Seckerstelle bei ihm in einem Deutsch an, das einfach zum Nachschlagen ist. Das wären so die marantesten Angebote unter den vielen zweifelhaften, die man uns liebenswürdigerweise in großer Zahl zur Verfügung stellte. Die Kollegen mögen in diesen Ausführungen nun nicht etwa eine Aufforderung erblicken, uns in Zukunft jedes Angebot einzufinden, dem ohne weiteres anzumerken, daß sein Absender mit dem Tarife oder dem Verbands auf dem Kriegsfuße steht. Das braucht nur in den Fällen stattzufinden, wo wirklich charakteristische Stelleangebote in Frage kommen. Wir wollen, da bei Durchsicht des Angeleitens der Fachblätter jetzt die Wahrnehmung zu machen ist, daß die kleinen Provinzdruckereien stark auf der Gehilfensuche sind, nur nochmals daran gemahnen, was schon in der vorigen Nummer betreffs der Konditionsannahme auf Verhinderung gesagt wurde. Die Ziebolds, Hoffmanns usw. sollen für Anzeigen und Offertenerfendung das Geld zum Fenster hinauswerfen, Gehilfen aber sollen und dürfen sie nicht bekommen, und wenn wirklich, dann nur solche, die als Abscham des Berufes zu betrachten sind.

Bei dem Konflikte Gauginger in Königsblütte sind nicht, wie der „Typograph“ berichtete, zwei Verbandsmitglieder eingeschrieben, sondern eins hat dort aus Unkenntnis angefangen, sofort aber wieder aufgehört. Der zweite Gauginger zu Hilfe geeilte Gehilfe ist kein Verbandsmitglied. Dieser Mitteilung von kompetenter Seite haben wir das Bedauern hinzuzufügen, daß ein Verbandsmitglied wieder einmal, ohne Erkun-

bigung einzuziehen, bei Hausinger Kondition angenommen hat. Das Weitere ist darüber bereits in der vorigen Nummer gesagt worden.

Zu einer parlamentarischen Aktion gegen den Organisationsvertrag im Buchdruckgewerbe könnten, wie die „Westfälische Zeitung“ schreibt, die parlamentarischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften der Unterstützung der meisten bürgerlichen Parteien im Reichstage sicher sein. Das glauben wir auch, denn wir halten die meisten bürgerlichen Parteien für ebenso reaktionär als die Reichstagsabgeordneten aus den Reihen der Christlich-Nationalen, die fast sämtlich dem Zentrum angehören. Diese Partei wird in erster Linie von der „Westfälischen Zeitung“ gemeint sein. Daß diese aber, die einst und bis zu einem gewissen Grade auch noch jetzt die Ausnahmegegebung an eigenen Leiden zu spüren bekommen hat, im Interesse von Abpflitterungen unter der Arbeiterkraft für Ausnahmegegebung zu haben sein wird, ist für die Zentrumsparthei recht bezeichnend. Noch bezeichnender ist allerdings, daß das Blatt einer tarifstreuen Firma von einem Bürgersinnigen Koalitionszwangsvertrage spricht und die von den Gewerkschaftskräften angeführte Inbetriebsetzung unter Inbetriebnahme vorwiegend rücksichtlichen Staatsmaschinen aufweist. Um das Unergründliche voll zu machen, gehört schließlich die Firma J. D. Küster Nachf., die Herausgeberin der „Westfälischen Zeitung“, auch dem Deutschen Buchdruckerverein an, der doch mit unserer Organisation den „Bügersinnigen Koalitionszwangsvertrag“ eingegangen ist.

Der Faktor August Schmidt in Berlin ist auf dem Gebiete des Schwindels ein Gentle, wie es in unserer an solchen Geistes nicht gerade armen Zeit denn doch zu den Seltenheiten gehört. Betamen wir da vor etlichen Wochen einen hundebemühtigen Brief aus Berlin, worin eben dieser Schmidt uns flehentliches Tones bat, von einem ihm bevorstehenden Prozesse wegen Beamtenbeleidigung seine Notiz zu nehmen. Durch die Behandlung des Falles im vergangenen Jahre wäre er in großes Unglück geraten, jetzt würde event. seine Existenz vernichtet werden, wenn wiederum über die Sache berichtet werden würde. Da wir eine Beamtenbeleidigung auch nicht als ein Staatsverbrechen ansehen, wurde dem Schmidt zugesichert, über seine Angelegenheit nichts zu bringen, wenn wir davon direkt oder durch die Tagespresse Kenntnis erhielten. Daß die Fachblätter darüber keine Mitteilung enthalten würden, stand von vornherein fest, denn Schmidt hatte laut Mitteilung an uns sich mit den Redaktionen der in Berlin erscheinenden Fachblätter bereits in Verbindung gesetzt, sie mit seiner „Beamtenbeleidigung“ ebenso gerührt wie uns und das gleiche Vorprechen wie „von uns“ Gefühlsmenschen erhalten. Aber jene Redaktionen sind von Schmidt nicht minder geküßelt worden als wir. Und jetzt, wo wir auf die eigentliche Spur gekommen sind, stehen wir auf dem Standpunkte, diesen Menschen, der unter der falschen Angabe einer unschuldigen Beamtenbeleidigung unsere Gutmitigkeit mißbrauchte, vor der Buchdruckeröffentlichkeit als das zu kennzeichnen, was er in Wirklichkeit ist. Die angelegte Beamtenbeleidigung bezieht sich nämlich auf eine Handlungsweise, die dem Schmidt vier Monate — ein Monat mehr als das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß! — Gefängnis eintrug. Wir berichteten darüber in Nr. 141 v. J. Schmidt war nämlich in einer Berliner Druckerlei beschäftigt, die ein Eisenbahnbeamtenblatt druckte. Es hatte, wie das nun einmal so ist, mit anderen Eisenbahnorganen manchen Strauß auszufechten. Als nun Schmidt aus jenem Geschäft auswich, setzte er sich mit dem Vorstehenden einer gegnerischen Vereinigung von Eisenbahnern in Verbindung und lieferte diesem Material, worauf die gegenseitigen Angriffe immer heftiger und schließlich fünf Personen wegen Beleidigung bestraft wurden, darunter auch der frühere Prinzipal des Schmidt. Er selbst aber, der den ganzen Hegenabbath angerichtet hatte und auf dessen falsche Versicherungen alles hineingefallen war, kam auch unter die Räder mit vier Monaten Gefängnis. Kürzlich nun fand die Berufungsverhandlung statt, denn die zu 200 bis 300 Mk. verurteilten Redakteure usw. hatten die höhere Instanz angerufen, jedoch dummdreiste und gotteslästerlich auch der famose Schmidt. Um das persönliche Erscheinen drückte er sich allerdings mit einer ganz faulen Ausrede herum, die das Gericht aber nicht gelten ließ. In der Verhandlung regnete es förmlich Titulaturen wie notorischer Lump, Schurke usw. für Schmidt. Die Angeklagten, die sich durch eine falsche eidesstattliche Versicherung von Schmidt hatten täuschen lassen, einigten sich mit dem Privatkläger, hatten aber auch das zweifelhafte Vergnügen, sich in sämtliche Kosten des Prozesses in Höhe von etwa 2500 Mk. zu teilen. Das erstinstanzliche Urteil gegen Schmidt wurde aber kurzerhand bestätigt, d. h. er muß nun die ihm diktierten vier Monate absitzen. Nebenbei wurde Schmidt im vergangenen Jahre auch schon wegen Unterschlagung bestraft. Jetzt schwebt gegen ihn noch ein Verfahren wegen mehrfachen Urkundenfälschungen. In einem Gerichtsurteile wurde auch festgestellt, daß Schmidt einem Konkurrenten seines Chefs gegenüber geküßelt hat, er beachtliche die von ihm geleitete Druckerlei zum Konkurse zu bringen, um sie dann in seine Hände zu bekommen. Daß er planmäßig auf dieses Ziel hinarbeitete, ist elendstündig festgestellt worden; er nahm Arbeiten zu Preisen an, bei denen eine erhebliche Zubehörs notwendig wurde. Wenn sein Chef, ein Nichtschamann, nicht noch bei Zeiten aufgeklickt worden wäre, hätte er das Geschäft auch bald auf den Hund gebracht. So aber floh er eines schönen Tages. Was Schmidt an Fälschungen und großen Vertrauensbrüchen beging, wie er es fertig

brachte, durch Schmiergelber sich im Laufe verhältnismäßig weniger Jahre ein ansehnliches Vermögen zu erwerben, mag für heute noch unerörtert bleiben, denn Schmidt hat noch nicht die letzte Bekanntschaft mit dem Strafgericht gemacht. Die Selbsttaten des Faktors August Schmidt klingen wie Märchen, und daß dieser — gut berlinisch gesprochen — ausgeföchte Junge sich obendrein einen sehr christlichen Anstrich gibt, soll bei seiner Charakterzeichnung nicht unerwähnt bleiben. Auf die schon geschilderte Weise vermochte Schmidt es bis jetzt fertig zu bringen, daß seine Schwindelmanöver und seine Bestrafungen fast gar nicht an die Öffentlichkeit kamen, und so ist es ihm bis heute geglückt, an dem Schauplatze seiner „erfolgreichen Tätigkeit“ immer wieder eine Stellung als Faktor oder Geschäftsführer zu erlangen. Da der Kreis seiner Opfer dadurch ein immer größerer wird, Schmidt dem Personale gegenüber auch nicht ein Muster-vorgefester ist, so muß sein Sündenregister einmal wenigstens in annäherndem Umfange bekannt werden.

Entwürfe und Zeichnungen von Professor Prof. Gran-Nürnberg, einem bedeutenden graphischen Künstler, sind gegenwärtig im Museumsjaale des Deutschen Buchgewerbehäuses ausgestellt.

„Frankfurter Zeitung“ kontra „Frankfurter Volksstimme“ standen sich dieser Tage 14 Stunden lang vor dem Schöffengericht als feindliche Brüder gegenüber. In Sachen der Bayerischen Bodenkreditanstalt hatte das Frankfurter sozialdemokratische gegen das Frankfurter demokratische Blatt schwere Angriffe gerichtet. Der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“ wurde wegen des Vorwurfs der Fälschung, Festschließung und Korruption, für den ihm der Wahrheitsbeweis mißlungen sein soll, zu 500 Mk. Geldstrafe mit Kosten und Publikation in verschiedenen sozialdemokratischen Blättern verurteilt.

Die Wahlen zur Kaufmännischen Krankenkasse in Leer ergaben für die freien Gewerkschaften eine Mehrheit von 35 Stimmen. Auf der von den deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften und den evangelischen Arbeitervereinen aufgestellten Liste figurierten nicht weniger als sieben christlich-nationale Buchdrucker. Infolge eines Protestes von den Blockleuten muß eine Neuwahl stattfinden.

Die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse in Mainz ergaben für die freien Gewerkschaften 2263 Stimmen, für die Christlich-Nationalen 437. Die Letzteren hätten somit seit der Wahl von 1904 nur 26 Stimmen Zuwachs erfahren. In Bonn haben die Christlich-Nationalen mit 767 Stimmen über die freien Gewerkschaften den Sieg davon getragen, die 398 auf sich vereinigten. Die Zunahme bei den Christlich-Nationalen betrug gegen die vorausgegangene Wahl 623, bei den freien Gewerkschaften dagegen nur 210 Stimmen. Die diesmalige Wahl wird wegen mehrfach vorgekommener Unregelmäßigkeiten aber angefochten werden.

Arbeiter als Schöffen und Geschworene sind in Bayern jetzt in der Anzahl von 309 tätig. Das sind zwar noch nicht 7 Proz. aller zum Richterdienste Herangezogenen, aber doch erheblich mehr als in den beiden norddeutschen Staaten Preußen und Sachsen, die wie in allem, was Fortschritt heißt, auch in dieser Beziehung nachhinken. Wie uns mitgeteilt wird, sind neuerdings in einigen bayerischen Orten auch Kollegen als Geschworene ausgelost worden, und zwar in Würzburg der Kollege Jakob Schäfer und in Augsburg Kollege Alois May.

Als Gerichtsschöffe bestimmt wurde ferner der Kollege Peter Jellberg in Rier.

Keine Tagelöhner als Schöffen und Geschworene ist vorläufig noch die Parole, denn nach einer im bayerischen Landtage abgegebenen Erklärung des dortigen Justizministers hat der Bundesrat einen dementsprechenden Antrag Bayerns abgelehnt. Wenn in den Eingeladungen die Mehrheit für diese Tagelöhner eine größere wird, wozu berechtigte Hoffnung vorliegt, wird Bayern im Bundesrate bald nicht mehr mit einem solchen Antrage in der Minderheit bleiben. Einstweilen ist Bayern, wie in Nr. 138 gemeldet, selbständig in der Angelegenheit vorgegangen, welchem Beispiele hoffentlich bald noch mehr Bundesstaaten folgen werden.

Eine Reform des preussischen Wahlrechtes soll nach einer offiziellen Erklärung in der neuen Legislaturperiode des preussischen Landtages vorgelegt werden. Diese „Reform“ soll im besonderen eine Neueinteilung der Wahlkreise befragen. Wenn nationalliberale Blätter eine solche Reform sogar als Verhöhnung bezeichnen, so kann man sich denken, wie provozierend statt beruhigend die offiziöse Stelle mit ihrer Ankündigung einer angeblichen Verbesserung zu wirken vermocht hat.

Als Auswuchs des Koalitionsrechtes bezeichnete das sächsische Oberlandesgericht öffentliche Aufforderungen zum Boykott. Die Polizei habe das Recht, dies event. zu verbieten, was im vorliegenden Falle unter Wegnahme auf eine Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Leipzig auch geschah. Bei der Sache handelte es sich um Flugblätter, die zum Boykott von sechs arbeiterfeindlichen Saalwirten aufforderten. Das Schöffengericht verurteilte drei Flugblattverteiler wegen großen Unfuges. Das Landgericht ließ zwar den großen Unfug nicht gelten, zog dafür aber die in Frage stehende amtshauptmannschaftliche Bekanntmachung mit ihren Sonderbestimmungen über das Koalitionsrecht heran. Das Oberlandesgericht sollte nun jene Verordnung für rechtsunzulässig erklären, was es aber nicht tat, da es eine Kollision mit dem § 152 der Gewerbeordnung darin nicht erblicken konnte; die Verabredung mehrerer, einen Gewerbebetrieb zu boy-

ottieren, erklärte das Oberlandesgericht an sich jedoch für erlaubt. Es ist nicht der erste Fall, daß in Sachen mit einer polizeilichen Verordnung über die Erkenntnisse des Reichsgerichtes hinausgegriffen wird. Wenn nun das sächsische Oberlandesgericht auf dem Umwege, den Boykott als Auswuchs des Koalitionsrechtes zu deklarieren, dasselbe tut, dann versagt unser beschränkter Untertanenverstand, das zu begreifen.

### Gestorben.

In Baltimore am 9. Oktober der Seher Johann Hornberger aus Freudenstadt, 52 Jahre alt.  
In Braunschweig am 22. November der Faktor Louis Knigge, 64 Jahre alt.  
In Budapest am 8. November der Druckereileiter Albalbert Wla (Wähm), 71 Jahre alt.  
In Gütersloh am 14. November der Buchdruckereibesitzer Ludwig Plötmann, 81 Jahre alt.  
In Hamburg am 22. November der Buchdruckereibesitzer Th. Grefe, 72 Jahre alt.  
In Leipzig am 24. November der Buchdruckereibesitzer Max Heffe, 60 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Mannheim am 21. November der Seher Julius Ceusel aus Herlishheim, 21 Jahre alt — Lungentatarrh.  
In Neustadt a. T. der Buchdruckereibesitzer Friedr. Appel.  
In Weener am 16. November der Buchdruckereibesitzer S. Ritzius sen., 72 Jahre alt.

### Briefkasten.

M. G. in Leipzig: Artikel über D. wird aufgenommen. — F. G. in Halle a. S.: Kann aus taktischen Gründen nicht aufgenommen werden. Haben uns erst mit dem Verbandsvorstande in Verbindung gesetzt, deshalb Verzögerung ihrer Mitteilung. — H. W. in Freiburg: Ist Sache des Gewerbeinspektors, hat mit dem Tarif- oder Organisationsvertrage nichts zu tun. — S.-r.: 3,05 Mk. Gruß! — R. M. in Belgig: Frau Paula Thiede, Berlin NO 18, Elbingstraße 19. — C. G. in Jyehoe: 2,05 Mk.  
Verichtigung: Zu dem Artikel: „Die Westdeutsche Arbeiterzeitung am Ende ihres Daseins“, geht uns vom Verfasser eine Verichtigung zu, wonach es eingangs im vierten Absätze, Zeile 6 und 7, statt „und dem genannten Kollegen“ heißen muß: „und Schreiber dieser Zeilen“. Auf der dritten Seite muß es im sechsten Absätze der dritten Spalte von unten statt „künstlerischer“ natürlich „künstlicher“ Raietat heißen. Daß auf derselben Spalte im fünften Absätze statt „die Unnehmlichkeit“ es „der Unnehmlichkeit“ heißen muß, hat der Leser wohl selbst schon richtiggestellt.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I., Fernsprechanst. VI, 1191.

**Barmen.** Der Seher Paul Fleing aus Barmen wird hierüber aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem hiesigen Bezirksvereine gegenüber nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

**Rier.** Der Drucker Friedrich Reuter, geboren in Weillage (Kreis Ungerndum), ausgelert in Eberswalde, schuldet noch immer unserer Ortskasse einen Betrag von 12 Mk. Auskunft über seinen Aufenthalt erbittet der Ortskassierer Mit. Viny, Jüdemerstraße 29, II.

### Adressenveränderungen.

**Mfeld (Weine).** Vorsitzender: Fritz Uthenhof, Ständehausstraße 9, p.  
**Böhm.** (Maschinensegervereinigung.) Vorsitzender: S. Tornquist, Kreuzstraße 20.  
**Gera.** Vorsitzender: Eduard Meuder, Adlerstr. 1; Kassierer: Ernst Schubert, Ludwigshafenstraße 16.  
**Suttgart.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Otto Schölkopf, Wöhringerstraße 50, I.  
**Wittenberge** (Bezirk Potsdam). Kassierer: Herm. Klingenberg, Wiltoriastraße 2, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelagte Adresse zu richten):

In Wachen der Seher Jos. Wöndken, geb. in Wachen 1890, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In Düren I. der Seher Jos. Schall, geb. in Düren 1887, ausgel. das. 1906; 2. der Drucker Jos. Bergerhausen, geb. in Arnoldsweller bei Düren 1889, ausgel. in Düren 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In Heinsberg der Faktor Peter Jos. Knohen, geb. in Houten 1864, ausgel. in Heinsberg 1883; war schon Mitglied. — Andr. Wilms in Wachen, Wbalberstraße 55.  
In Bremen der Seher Johannes Sebden, geb. in Notberney 1874, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — J. Dicks, Westerdeich 32.  
In Burgdorf die Seher I. Heinz. Dreyher, geb. in Schwiebus 1884, ausgel. das. 1903; 2. Fr. Lipski, geb. in Bries 1884, ausgel. in Oppeln 1903; waren noch nicht Mitglieder; 3. Wilh. Franken, geb. in Lobberich 1884, ausgel. in Kanten 1904; 4. Alfred Gebhardt, geb. in Raumburg a. S. 1886, ausgel. in Leipzig 1905; waren schon Mitglieder. — In Goslar der Seher Herm. Meyer, geb. in Goslar 1887, ausgel. das. 1905; war schon Mitglied. — In Hildesheim der Drucker Anton Linfert, geb. in Groß-Streglich 1888, ausgel. in Detmold 1907; war noch nicht Mitglied. — Ernst Wehrens in Hildesheim, Wbalberstraße 84.  
In Chemnitz I. der Seher Gabriel Guba, geb. in Ludig (Böhmen) 1884, ausgel. das. 1902; 2. der Drucker Arnold Böhm, geb. in Eidenhof 1887, ausgel. in



Schönebeck 1905; waren schon Mitglieder. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 42.

In Dülmen der Drucker Wilhelm Welbers, geb. in Oberhausen 1863, ausgel. in Minden i. W. 1882; war noch nicht Mitglied. — In Münster der Drucker Karl Claes, geb. in Münster 1855, ausgel. das. 1875; war noch nicht Mitglied. — C. Kosmeier in Münster i. W., Maximilianstraße 34.

In Eberfeld 1. der Drucker August Höhenwald, geb. in Köln 1886, ausgel. das. 1905; 2. der Seher Paul Baum, geb. in Eberfeld 1887, ausgel. in Wülflingen 1906; waren schon Mitglieder. — Heinrich Marschall, Humboldtstraße 53, II.

In Essen die Seher 1. Gustav Holtmann, geb. 1855, ausgel. in Schwerte 1902; 2. Gerhard Bahn, geb. in Oldenburg i. Gr. 1885, ausgel. das. 1904; waren schon Mitglieder. — In Gelsenkirchen der Seher Ernst Kleinert, geb. in Wattenscheid 1885; ausgel. in Gelsenkirchen 1904; war schon Mitglied. — Otto Krauß in Essen, Kastanienallee 92.

In Feuerbach der Seher Eugen Weissert, geb. in Alperg 1885, ausgel. in Ludwigsburg 1903; war schon Mitglied. — In Pforzheim der Seher Georg Strauß, geb. in Gschwend (N.-W. Gaildorf) 1885, ausgel. in Gaildorf 1903; war noch nicht Mitglied. — In Waldsee der Seher Karl Maurer, geb. in Weidenhausen (N.-W. Tübingen) 1878, ausgel. in Tübingen 1905; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstr. 16, p.

In Friedland (Bez. Breslau) der Seher Wilhelm Scheffen, geb. in Krefeld 1885, ausgel. das. 1903; war schon Mitglied. — In Habelschwerdt die Seher 1. August Bierschke, geb. in Habelschwerdt 1889, ausgel. das. 1907; 2. Oswald Birkler, geb. in Sagan 1883, ausgel. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — Rich. Hoffmann in Walbenburg i. Schl., Gartenstraße 1.

In Hornberg der Seher Fritz Seydich, geb. in Frankenhäuser 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In Billingen der Seher Otto Reftle, geb. in Billingen 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Christmann in Sahr, Feuerwehrstraße 51a.

In Kreuzburg (O.-Schl.) der Seher Paul Dugoinisky, geb. in Kreuzburg (O.-Schl.) 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Adolf Müller in Reiffe, Breslauerstraße 19, S. II.

In Leipzig die Seher 1. Friedr. Wadelt, geb. in Leipzig-Seehausen 1877, ausgel. in Ehrenfriedersdorf 1895;

2. Bruno Herbig, geb. in Leipzig-Gohlis 1886, ausgel. in Leipzig 1905; 3. Fritz Mohrhoff, geb. in Hannover 1883, ausgel. das. 1903; 4. Hugo Riesler, geb. in Peterswaldbau 1884, ausgel. in Neurode 1903; 5. Bruno Stamm, geb. in Grimma 1884, ausgel. in Leipzig 1903; 6. Richard Hübl, geb. in Delitzsch 1885, ausgel. das. 1904; 7. Wolf Sandbrand, geb. in Kolomea 1889, ausgel. in Berlin 1906; 8. Emil Scheinert, geb. in Reichensbach 1889, ausgel. in Siebenlehn 1907; 9. Emil Schumann, geb. in Bennemühl 1889, ausgel. in Torquay 1907; 10. Max Wensch, geb. in Halle a. S. 1885, ausgel. das. 1902; die Drucker 11. Walter Ritter, geb. in Leipzig 1887, ausgel. das. 1905; 12. Henri Empérauger, geb. in Pau (Frankreich) 1886, ausgel. in Paris 1903; 13. Herm. Fleischer, geb. in Birna 1885, ausgel. in Dresden 1905; 14. Karl Lippert, geb. in Eilenburg 1866, ausgel. in Stetlig 1883; 15. Walter Duaud, geb. in Leipzig-Gonnemühl 1887, ausgel. das. 1906; 16. der Schweizerdegen Artur Meyhorn, geb. in Hohenstein-Ernstthal 1874, ausgel. das. 1893; 17. der Stempelschneider Max Kiel, geb. in Wagnersdorf 1883, ausgel. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 18. Friedr. Gieseler, geb. in Halle a. S. 1874, ausgel. das. 1892; 19. Oswald Kind, geb. in Leipzig-Neureudnitz 1872, ausgel. in Leipzig 1891; 20. Hugo Loll, geb. in Leipzig-Neuditz 1861, ausgel. in Leipzig 1880; 21. Oskar Möller, geb. in Lauban i. Schl. 1871, ausgel. das. 1889; 22. Wilh. Paelsche, geb. in Seehausen (Str. Wanzleben) 1884, ausgel. das. 1902; 23. Georg Birschmann, geb. in Probstheida 1872, ausgel. in Düsseldorf 1890; 24. Paul Reinhardt, geb. in Schützenb. 1883, ausgel. das. 1901; die Drucker 25. Rich. Hempel, geb. in Burgen 1882, ausgel. in Frankenthal 1900; 26. Paul Kretschmann, geb. in Leipzig 1880, ausgel. das. 1898; 27. Paul Neubauer, geb. in Leipzig 1883, ausgel. das. 1901; 28. Wulf. Röppler, geb. in Paunsdorf 1884, ausgel. in Leipzig 1901; 29. der Schweizerdegen Ernst Paul Helm, geb. in Reinsdorf 1883, ausgel. in Zwickau 1900; 30. der Korrektor Rich. Müller, geb. in Leipzig 1859, ausgel. das. 1878; 31. der Gelehrte Walter Hofmann, geb. in Leipzig-Thonberg 1881, ausgel. in Leipzig 1900; waren schon Mitglieder. — Karl Engelbrecht, Brüderstraße 9, I.

In Marburg der Drucker Hermann Schöben, geb. in Brüggen (Bezirk Düsseldorf) 1889, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — F. Weber, Marbacherweg 46 a. In Mühl i. Bzg. 1. der Maschinenseher Friedrich Bobbin, geb. in Sternberg i. M. 1881, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied; 2. der Schweizerdegen Ernst Bänker, geb. in Pristablich (R. Delitzsch) 1881, ausgel.

in Döben a. d. M. 1899; 3. der Seher Franz Fänger, geb. in Sonnenburg (Neum.) 1885, ausgel. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Martin Brüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34, p.

In Myslowitz 1. der Schweizerdegen Georg Fehner, geb. in Raudten 1883, ausgel. das. 1901; 2. der Drucker Arnold Konietzky, geb. in Myslowitz 1878, ausgel. das. 1896; 3. der Seher Th. Fabryla, geb. in Myslowitz 1887, ausgel. das. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Weisreitsham der Seher Georg Klose, geb. in Leobschütz 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Franz Habrian in Weuthen (O.-Schl.), Bismarckstraße 1, II.

In Reichensbach (Schl.) der Seher Herm. Stiller, geb. in Reichensbach (Schl.) 1883, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied. — Richard Hoffmann in Waldenburg (Schl.), Gartenstraße 1.

In Wien der Mechaniker Hugo Subliß, geb. in Saalfeld 1872, ausgel. in Piramajens 1888. — Leopold Pöschop, Wien VII, Seibengasse 17.

### Bersammlungs-Kalender.

- Bernau i. M.** Öffentliche Bersammlung heute Sonnabend den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Hoffmann), Kaiserstraße.
- Blankenese.** Bersammlung heute Sonnabend den 30. November, abends 8 Uhr, bei B. Pappe, „Zur Linde“, Sodensüden, Bahnhofsstraße.
- Chemnitz.** Korrekturenbersammlung Sonntag den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im „Zurnerhain“, Mühlstraße.
- Dresden.** Bersammlung Sonntag den 1. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Kühler Strand der Oder“, Waldvertstraße 10.
- Düsseldorf.** Vorstandssitzung heute Samstag den 30. November, abends 9 Uhr, bei Werner.
- Genau.** Maschinenseherbersammlung Dienstag den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Neuditzschdöner“.
- Grünberg (Schl.).** Bersammlung heute Sonnabend den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilmels Konditorei“.
- Hamburg-Altona.** Vorstandssitzung Dienstag den 3. Dezember, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Weidenbinderhof 57.
- Magdeburg.** Maschinenseherbersammlung Sonntag den 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kleiner Saal oben.
- Reims i. B.** Generalbersammlung heute Samstag den 30. November, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Lokale Sträter, am Oberlandesgericht.
- Riedorf-Steil.** Bersammlung heute Sonnabend den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Poppe, Hermannstraße 49.
- Sülzlingen.** Generalbersammlung Sonntag den 1. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Vereinslokale (Garthaus „Zum Kriegerdenkmal“).
- Wiesbaden.** Bersammlung heute Samstag den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration „Mittstadt“, Neustadtgasse.

Kleine moderne Akzidenzdruckerei in industrievoller Stadt d. Provinzbes. Düsseldorf ist f. 3000 Mk. z. verk. Aug. 1500 Mk. Rest in bequemen Raten. Bei Barzahlung 2700 Mk. Werte Dferten unter A. Z. 738 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Tüchtiger Typographseher**

sofort gesucht. Werte Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und Eintrittszeit sowie Befähigung der Zeugnisabschriften erb. unter M. M. 709 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Tüchtiger Illustrationsdrucker**

f. Norwegen gesucht. Lohn 40 bis 50 Mk., nach Qualifikation. Gesuche m. Zeugn. u. Nr. 737 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Tüchtiger Galvanoplastiker**

findet dauernde und gut bezahlte Stellung. Werte Offerten unter Angabe der Ansprüche erbeten an **Karl Küpper, Maschinenfabrik Wald bei Solingen.** [672]

**Zuverlässige Höbeholer**

sowie gewandte Schriftsetzerinnen finden sofort Beschäftigung in der **Schriftsetzerei Cronau** Schönberg-Verlitt. [602]

**Tüchtige Stempelschneider**

und Gravierer gesucht. Werte Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erb. an **Gebr. Klingner, Offenbach a. M.** [688]

Gesucht zum 1. Januar oder früher ein **Tüchtiger Stempelschneider**

der in Stahl absolut selbstständig zu arbeiten und Tüchtiges zu leisten imstande ist. Dauernde Stellung, hohes Gehalt. Nur allererste, bewährte Kräfte wollen sich bewerben bei **Genssch & Sesse, Hamburg.**

**Sungere, tüchtiger Schriftsetzer**

in jeder Gattung korrekt. Sucht kavistische Kon-dition zu sofort. Eintritt. Werte Off. erb. **Geit Matten, Mohrungen, Litzp. Mittelanger 7.**

: : : : : **Deutscher** : : : : :

**Buchdrucker-Kalender 1908**

Fünfter Jahrgang

Für die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Verbandes

bearbeitet und herausgegeben von

14 Bogen Oktav **LUDWIG REXHÄUSER** Taschenformat

Preis elegant gebunden 1 Mark, im Buchhandel 1,50 Mark.

In dem vorliegenden Kalender wird auf einer Sonderbeilage ein künstlerisches Erinnerungsblatt aus dem ersten Jahren der Verbandsgeschichte wiedergegeben. Ausserdem enthält der Kalender neben vielem Wissenswerten und Interessanten eine gediegene Biographie des berühmten buchdruckerlichen Nationalökonom und Bodenreformers Henry George. [988]

Jeder Kollege kann aus dem reichen Inhalte des Kalenders profitieren. Die technische Ausstattung des Kalenders ist solid, das Papier gut. — Wir empfehlen den Kollegen die Anschaffung dieses Verbandskalenders, der berechtigten Anforderungen entspricht. Der Versand der bereits bestellten Exemplare erfolgt zurzeit. Weitere Bestellungen nimmt gern entgegen

LEIPZIG, Salomonstrasse 8. **Der Verlag: Radelli & Hille.**

**Farbenbrechen und Mischen** lernt man nur durch fortgesetztes Studium, kein Fachblatt kommt in dieser Beziehung den „Typographischen Jahrbüchern“ gleich. Die seltensten Farben, die schönsten Farbentöne werden auf den prächtigen Kunstblättern nicht nur gezeigt, sondern ihre Mischung in einer Weise gelehrt, dass jeder Buchdrucker ihnen folgen kann. Allen Kollegen, die praktische Farbkunde treiben wollen, sei deshalb wiederholt ein Abonnement auf die „Typographischen Jahrbücher“ empfohlen. Jedes Heft mit über 20 prächtigen Beilagen kostet nur 50 Pf. Alle Buchhandlungen und Vertreter nehmen Bestellungen entgegen. [741]

**Wirklich tüchtiger Seher** (verheiratet), nur selbständig in Sage und Entwurfsbez. Verang. von Druckarbeiten jeder Art, zu d. sofort od. später angen. Stellung. W. Df. unter R. W. erb. Leipzig, Stöckerstr., Bismarckstraße 34, I.

**Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.**

120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Mille. — Hochfeine Qualitäten in Vorsteland-, Sumatra-, Brasil-, Mexico-, Manila- und Havanazigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.

### Wer sich zum Faktor

oder zum ersten Akzidenzsetzer ausbilden will, dem ist der einjährige Besuch des Technikums für Buchdrucker zu empfehlen. Es wird leichtfasslicher Unterricht erteilt in folgenden Fächern: Akzidenzsatz aller Art, Stizzieren, Farbenlehre, Tonplattenschnitten, Faktorarbeiten, Druckpreiseberechnung, Zinkätzung, Drucktechnik usw. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben. Am 1. Januar beginnt ein neuer Kursus. — Prospekte durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

**Puppenwagen**

deren Verdecke sich selbsttätig auf- und niederbewegen, erhält man elegant zum Fabrikpreise, nachdem man Puppenwagenbilder verlangt, direkt von der Puppenwagenfabrik [735]

### Julius Tretbar in Grimma 626.

**Fest- und Vereins-Abzeichen in fünf Farben.**

17 verschiedene Formen v. 10 Pf. bis 1,15 Mk. Sehr beliebt sind: Nr. 13 à 10 Pf., Nr. 10 (mit Wappennadel) à 60 Pf. [727]

**Graphische Verlags-Anstalt**  
P. Goldschmidt, Halle a. S.  
Königstr. 58 (nur 10 Min. vom Hauptbahnhofe).  
Graph. Anzeiger gratis und franko.

**X u. Obeine**

reguliert „Triumph“, D. R.-M. a. Keine Polster, elegant, bequem. Masse unnötig. Angabe ob X oder O. Diskreter Versand. Viele Anerkennungen. **Alfr. Hofmann Hannover-List, H. 347.**

**Photogr. Vergrößerungen**

farbenauftragige Glasplatten (Kupfer-Platt), chemische-Schnittverfahren, wie überhaupt jede photographische Reproduktion nach jeder eingehenden Photographie. Preisliste franco. **Max Schmidt, Runkelstr. 2. Leipzig-Bl., Widmannstr. 2.**

